

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch  
die Post bezogen 1,20 Mk.  
Eingetragen in die  
Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis:  
50 Pf. für die 3gepalt.  
Zeile.

Geschäftsanzeigen werden  
nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.  
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

### Der 4. Kongreß der Fabrikarbeiter-Internationale.

Am 25. Juli, vormittags 10 Uhr, eröffnete Kollege Brey (Hannover) als Vorsitzender der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände im festlich geschmückten Saale des Volksheims in Hannover den 4. Kongreß. Anwesend waren 4 Mitglieder der Exekutive, 55 Delegierte, 2 Übersetzer, von denen Genosse Staal zugleich das Internationale Arbeitsamt in Genf vertrat, als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes war Genosse Sassenbach (Amsterdam) anwesend und außerdem je ein Vertreter des Ortsausschusses und Bezirksausschusses des UGB Hannover.

Die Tagesordnung lautete: 1. Eröffnung. 2. Begrüßungen. 3. Bericht des Sekretärs. 4. Bericht des Kassensführers. 5. Besprechung des Mitteilungsblattes. 6. Referat von J. Naphthali (Berlin) über „Rationalisierung und Arbeiterklasse“. 7. Behandlung der Anträge. 8. Festsetzung des Sitzes des Sekretariats. (Die Exekutive schlägt Amsterdam vor.) 9. Ernennung eines Sekretärs. (Die Exekutive schlägt vor, den das Amt verwaltenden Sekretär K. de Jonge endgültig zum Sekretär zu ernennen.) 10. Schließung.

In seiner Begrüßungsansprache führte Kollege Brey ungefähr aus: Im Namen des Vorstandes der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiterverbände heiße ich die Abgeordneten herzlich in Deutschland willkommen. Es ist zum ersten Male, daß französische Kollegen an unserer internationalen Tagung teilnehmen. Wir geben darüber unserer besonderen Freude Ausdruck. Ebenso erfreut sind wir über die Teilnahme von zwei Vertretern unserer polnischen Bruderorganisation. Nachdem die Verbindung zwischen den englischen Kollegen und uns eine geraume Zeit unterbrochen war, können wir heute aufs neue englische Kollegen begrüßen. Wir hoffen, daß die internationale Fühlungnahme mit den französischen, englischen und polnischen Kollegen zu einer dauernden internationalen Solidarität führen wird. Der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands begrüßt es besonders, daß der 4. Kongreß hier in Hannover tagt. Er ist erfreut darüber, Sie am Orte seines engeren Wirkungskreises willkommen heißen zu können. Sie können versichert sein, daß wir Sie im Geiste brüderlicher Solidarität begrüßen. Hannover ist eine Stadt der Arbeit und des Klassenkampfes. Wir haben in der sozialdemokratischen Kampforganisation 16 351 Mitglieder. Die Gewerkschaftsorganisationen treten in einer Stärke von 66 900 an. Unsere Zahlstelle Hannover hat 11 045 Mitglieder. Wir geben Ihnen beim Empfange das Gelübnis, diese Zahlen zu mehren. Die deutsche Arbeiterklasse, an hervorragender Stelle auch die in Hannover, hat im November 1918 die alten Gewalten abgeschüttelt. Sie steht im Kampfe für Völkerverständigung und Völkerfrieden. Unser Ziel in Deutschland ist Freiheit im Inneren, Aus- und Aufbau einer wirklich sozialen Republik, Umbahnung von internationalen Beziehungen politischer, wirtschaftlicher und handelspolitischer Art, die friedliches Zusammenwirken aller Staaten und Völker sichern. Im Fernen Osten haben sich über zwei großen völkerrreichen Staaten politische Wetterwolken zusammengeballt. Unabsehbar in den Folgen, wenn da ein politisches Unwetter zur Entladung kommen sollte. Der zehnjährige Kampf der internationalen Arbeiterschaft gegen den Krieg hat mindestens bewirkt, daß die Kriegsfurie noch nicht entfesselt ist. Staatsmänner in Frankreich, Amerika und England sind bemüht, einen anderen Mechanismus als jenen der Luftbomben, Giftgase und Kanonen zur Anwendung zu bringen. Es sind die Grundsätze des Kellogg-Paktes, die schlichtende Verhandlungen und Vereinbarungen vorziehen, wo früher Gewalt den Ausschlag gab. Wir wünschen der neuen Methode Erfolg auch im Fernen Osten. Möge sie zu einem Abschluß führen, der ein Völkermorden verhindert und beiden Völkern freie Bahn und offene Tore für wirtschaftliche, handelspolitische, sozialpolitische und andere internationale Kulturarbeit schafft. Wir sind zum vierten Male zu einem Kongreß zusammen. Wir können sagen, der Gedanke von der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit hat sich vertieft, ist verstärkt. An den wirtschaftlichen Folgen des Krieges leiden alle Staaten, auch jene, die Reparationsleistungen beziehen. Die solche aufbringen müssen, leiden erst recht. Was in der Weltwirtschaft vier Jahre Krieg verwüstet haben, ist in 10 Jahren nicht gutzumachen gewesen. Gegen die Wirtschaftsverwüstung sich zu schützen, sind die Kapitalisten aller Länder an der Arbeit. Sie schützen sich durch Kapitalkonzentration; durch internationale Truste und Kartelle; durch Aufrechterhaltung und Erhöhung der Zollmauern; durch Niedrighaltung des Lohnanteils; durch Rationalisierung und Technisierung im Erzeugungsprozeß. Auf all diesen Gebieten will der Besitz die Wirtschaft national und international allein bestimmen. Die Folgen all dieser Wirtschaftsweltzweiheit sind Unfruchtbarkeit der Arbeiterexistenz, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche und seelische Not. Es ist hinlänglich bewiesen, daß die kapitalistischen Grundsätze zu keiner Besserung führen. Die organisierten Arbeiter müssen sich das Ziel setzen, in der Wirtschaft



Joh. Sassenbach (Amsterdam),  
Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

mitzubestimmen. Wir heißen da gut die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Mit diesem fordern wir die wirtschaftlichen Einrichtungen beim Völkerbund zu einem Wirtschaftsamt unter entscheidender Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft. Wir verlangen auf das entschiedenste die Durchführung der auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf im Jahre 1924 eingeleiteten Bestrebungen, insbesondere deren Forderung auf Beseitigung der Zollschranken, die die Gefundung der Weltwirtschaft verhindern. Wir verlangen die Beseitigung der Zollmauern Europas. Weil wirtschaftliche Konflikte eine dauernde Friedensgefahr sind, erstreben wir auch, daß alle Wirtschaftskonflikte, die nicht in unmittelbaren Verhandlungen zwischen den betreffenden Staaten beigelegt werden, einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden. Wir erwarten die Anwendung und Erweiterung der internationalen Arbeitskonventionen zum Schutze der Arbeiter. Soll die Arbeiterklasse ihren nationalen und internationalen Aufgaben gerecht werden, sind einheitliche, geschlossene Organisationen erforderlich. Spaltungen mit nationaler und internationaler Wirkung



Staal (Genf),  
Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes.

sind ebenso schädlich für die Arbeiter wie die Wirkungen des Kapitalismus an sich. Von unserer Tagung erwarten wir Stärkung der Arbeiterorganisationen. In diesem Sinne eröffne ich den vierten Kongreß.

Sassenbach (Amsterdam) übertrug die Größe des UGB und hebt das gute Einvernehmen zwischen den internationalen Berufssekretariaten und dem UGB hervor. Die internationalen Sekretariate verbreitern ihre Basis und festigen sich organisatorisch immer mehr. Sie haben eine große Zukunftsaufgabe. Die gemeinsame Arbeit auf internationalem Gebiete wächst an. Wir werden in absehbarer Zeit mit einem internationalen sozialpolitischen Programm auf den Plan treten müssen.

Staal begrüßt den Kongreß im Namen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Er führt unter anderem aus: Sie (die internationale organisierte Arbeiterschaft. Die Red.) können das Internationale Arbeitsamt heute ebensowenig entbehren wie ihr nationales Arbeitsministerium. Freilich, Genf kann nicht dekretieren, die Zeit ist noch nicht gekommen, wo international gefasste Beschlüsse national durchgeführt werden müssen. Das Internationale Arbeitsamt kämpft um bessere soziale Bedingungen, und darin müssen wir internationale Einheitsfront erreichen. Ich bitte um Ihre Unterstützung und Ihr Vertrauen für das Internationale Arbeitsamt.

Brey versichert das Vertrauen zu Genf. Für Arbeit werden wir sorgen.

Bock (Hannover) vom UGB begrüßt im Namen des Ortsausschusses und des Bezirksausschusses des UGB den Kongreß. Hannover ist eine rote Stadt. Sie hat bei der Reichstagswahl 1928 zu 50,7 Prozent sozialdemokratisch gewählt.

De Jonge (Amsterdam) gibt zu Punkt 3 der Tagesordnung seinen Bericht als Sekretär. Der Internationale sind in 15 Ländern 22 Verbände mit 553 627 Mitgliedern angeschlossen. Wir haben neue Verbindungen aufgenommen und haben die beste Hoffnung auf die weitere Erstarkung der Internationale. Aus den verschiedensten Gründen konnten einige Organisationen zur heutigen Tagung keine Vertretung entsenden. Es liegen Entschuldigungsschreiben vor vom Papierarbeiterverband Frankreichs, vom Verband ungelerner Arbeiter Norwegens und von den ungarischen und jugoslawischen Verbänden der Fabrikarbeiter. Internationale Branchenkonferenzen sollen mehr als bisher einberufen werden; Voraussetzung ist jedoch eine gute Mitarbeit der Landesorganisationen, damit die Konferenzen gut vorbereitet werden können. Es muß sich außerdem um Industriezweige handeln, die gut durchorganisiert sind. De Jonge kommt auf den Stand der Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens zu sprechen. Dänemark und Großbritannien haben heute Arbeiterregierungen, in Deutschland hat die Arbeiterklasse starken Einfluß auf die Reichsregierung, so daß zu erwarten ist, daß die größten Hemmnisse gegen die Ratifizierung nicht mehr so sehr zur Geltung kommen. Die Frage der Untersuchungen über die Lage der arbeitenden Frauen und Jugendlichen soll im Auge behalten werden. Die Exekutive unterbreitet Ihnen diese Resolution zum Washingtoner Arbeitszeitabkommen:

„Der vom 25. bis 27. Juli in Hannover tagende Internationale Kongreß der Fabrikarbeiter, auf dem 22 Organisationen aus verschiedenen Ländern vertreten sind, wünscht der englischen Arbeiterbewegung Glück zu dem bei den letzten Wahlen errungenen Sieg und begrüßt insbesondere die von der englischen Arbeiterregierung zugesagte Ratifizierung der Washingtoner Konvention über die Arbeitszeit.“

Da eine Anzahl von Regierungen die von England nicht durchgeführte Ratifizierung bisher zum Vorwand genommen hat, um selber das vor 10 Jahren der Arbeiterklasse gegebene Versprechen nicht einzulösen, spricht der Kongreß als seine Erwartung aus, daß die Ratifizierung durch England die Anerkennung der Konvention auch in anderen Ländern beschleunigen wird.

Die Konferenz appelliert ferner an den UGB, das Internationale Arbeitsamt und insbesondere die der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiter angeschlossenen Verbände, die Aktion zugunsten der Ratifizierung zu fördern, vor allem, um damit der englischen Arbeiterregierung den Rücken zu stärken gegenüber der Opposition durch unwillige und reaktionäre Elemente im englischen Parlament.

Der Kongreß beschließt diese Resolution in den Blättern der der Internationale angeschlossenen Organisationen zu veröffentlichen und sie speziell der englischen Regierung, der englischen Arbeiterpartei, dem Britischen Gewerkschaftsbund, dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Kenntnis zu bringen.“

Martinek (Prag) bringt die Sprengstoffexplosion in Pardubitz zur Sprache. Die Fabrikleitung hat es abgelehnt, die Akkordarbeit bei solchen Arbeiten abzuschaffen. Darauf ist die Belegschaft in den Streik getreten. Er beantragt, den

streikenden Arbeitern ein Sympathietelegramm zu senden, um ihnen zu zeigen, daß die Internationale hinter ihnen steht. Der Vorschlag wird angenommen.

Genosse Brey gedenkt der bei dieser Explosion ums Leben gekommenen acht Arbeiter sowie der bei der Explosion des Sauerstoffwerkes in Berlin Verstorbenen. Die Anwesenden nehmen die Gedenkworte stehend entgegen.

Dukes (London): Wir dürfen nicht nur den Achtstundentag fordern, sondern auch die 48-Stunden-Woche als Maximum für die Woche, sonst haben wir in den kontinuierlichen Betrieben die 56-Stunden-Woche. In Großbritannien hat die Reaktion bis jetzt die Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitabkommens hintertrieben. Wir konnten uns nicht genügend wehren wegen der schlechten ökonomischen Verhältnisse. Nach 1923 war bei uns die Lohnsumme um 700 000 Pfund pro Jahr gesunken. 1920 hatten wir 8 1/2 Millionen Arbeitslose, 1926 waren es 5 250 000 und gegenwärtig 6 250 000. Das sind die Ursachen für die Sabotage des Washingtoner Abkommens. Die jetzige Regierung Macdonald wird ratifizieren. In der Thronrede wurde das sogar als eine der ersten zu erledigenden Angelegenheiten erklärt.

Van den Berg (Amsterdam) kritisiert die Tätigkeit des früheren Sekretärs Stenbuis. Der jetzige Sekretär und die Exekutive haben getan, was möglich war. Im nächsten Bericht mußte Aufschluß gegeben werden über die Zahl der Frauen und Jugendlichen und über die Art der Agitation in den für uns zuständigen Industrien. Man kann auch hiervon gegenseitig profitieren.

Dukes (London): Es ist richtig, daß die Föderation der Verbände ungelerner Arbeiter in England aufgelöst worden ist. Leider hat unsere Internationale erst vor kurzer Zeit den Anschluß wiederhergestellt. In den letzten sechs Jahren ist in England eine starke chemische Industrie entstanden. Es ist schade, daß sechs Jahre verlorengegangen sind.

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung des ersten Tages feilt der Vorsitzende Brey mit, daß nach einer eingelaufenen Meldung in Amsterdam eine chemische Fabrik in die Luft geflogen sei. Es seien 6 Tote und 18 Verletzte zu beklagen. Der Kongress nimmt die Trauerbotschaft stehend entgegen.

Jönsson (Oslo) dankt dem Sekretariat für seine Arbeit. Wir müssen Front machen gegen das Überarbeitenwesen. Über die Trustbetriebe muß Material gesammelt und auf internationalen Branchenkongressen ausgewertet werden.

De Jonge (Sekretär), Schlußwort: Internationale Branchenkongresse sollen nach Bedarf einberufen werden, wenn die bereits genannten Vorbedingungen erfüllt und die Kongresse erfolgreich sind. Internationale Kongresse haben nur Wert, wenn die Landesorganisationen imstande sind, die Beschlüsse durchzuführen. Abgesehen von Deutschland, Dänemark, Holland und einigen anderen Staaten muß noch gut gearbeitet werden, um bei Trustfirmen international wirksam zu intervenieren. Ein Vorteil wäre es, wenn in den verschiedenen Ländern die Tarifverträge zu gleicher Zeit ablaufen würden. Im übrigen danke ich für Ihre sachliche und anerkennende Kritik.

Die Entschließung zum Washingtoner Arbeitszeitabkommen wird hierauf einstimmig angenommen.

Jurgens (Amsterdam), Kassensführer der Exekutive, erstattet zu Punkt 4 den Bericht. Unter Hinweis auf den gedruckt vorliegenden Bericht bringe ich nur noch einige Erläuterungen zu geben. Die Beiträge der einzelnen Organisationen sind regelmäßig eingegangen.

Der Leitung wird hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Unter Punkt 5 wird die eventuelle Ausgestaltung des Mitteilungsblattes besprochen.

De Jonge (Amsterdam): Ich danke den Mitarbeitern und insbesondere dem Kollegen Stähler (Hannover). Ich hoffe auch, daß die im Mitteilungsblatt veröffentlichten Artikel in die Verbandspresse übernommen werden.

Dukes (London) wünscht das Mitteilungsblatt auch in englischer Sprache.

Jones (Manchester) wünscht monatliche Herausgabe des Mitteilungsblattes, und zwar gedruckt.

Jönsson (Oslo) fragt, ob es nicht möglich sei, den Landesorganisationen je ein Exemplar zuzustellen, daß auch die Ortsgruppen je eins erhalten können.

Nielsen (Kopenhagen): Statt den Ortsgruppen das Mitteilungsblatt zu geben, ist es besser und billiger, die Verbandsorgane übernehmen, was für ihre Mitglieder von Interesse ist.

De Jonge (Sekretär), Amsterdam: Wir sind uns einig, daß das Mitteilungsblatt monatlich erscheinen soll. Organisationen, die über die ihnen zustehende Zahl beziehen würden, müssen die Mehrere exemplare bezahlen. Wir werden durch Umfrage feststellen, wer mehr Exemplare will und wie viele.

Brey (Hannover): Die Exekutive wird untersuchen, wie sich der Druck des Blattes finanziell auswirkt. Wenn möglich, soll dem geübtesten Wunsch Rechnung getragen und die englische Sprache mit berücksichtigt werden. Das Organ soll monatlich erscheinen. Der Kongress stimmt dem zu.

Raphaël (Berlin) hält hierauf sein Referat über „Rationalisierung und Arbeiterklasse“:

Rationalisierung ist nichts Neues. In der kapitalistischen Wirtschaft vollzieht sich ein ständiger Rationalisierungsprozeß. Das ist einfach die fortschreitende Mechanisierung. In der vor-kapitalistischen Zeit, im Handwerk, konnte man von Rationalisierung nicht reden. Die Erhaltung der Gesamtheit war damals vorherrschend. „Nichts Altes ab- und nichts Neues aufkommen lassen“, so heißt ein alter Spruch der Papiermacherzunft. 1867 wurde bereits ausgesprochen, daß die Produktionsweise revolutionär sei, während die alte konstant war. (Siehe Marx: Kapital.) Warum beschäftigt sich die Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit so intensiv mit der Rationalisierungsfrage? Weil sich im letzten Jahrzehnt eine neue Phase durchgesetzt hat. Der Prozeß der Rationalisierung, der chemischen Verfahren, des Verbesserns, der bessere Organisation des Arbeitsprozesses wurde durch den Krieg unterbrochen, jetzt ans einmal muß nachgeholt werden. Deshalb aufsteigend ein neuer

Prozeß. Marx hat bereits den Rationalisierungsprozeß mit all seinen schlimmen Folgen für die Arbeiterschaft geschildert. Nicht der Rationalisierung, sondern der unwirtschaftlichen Form hat unser Kampf zu gelten. Unsere Frage muß sein: Für welche Rationalisierung sind wir, wo wird richtig rationalisiert? Richtige Einteilung der Arbeitsprozesse, Materialersparnisse, laufendes Band, überhaupt Organisation des gesamten Produktionsprozesses, Schonung menschlicher Kraft, all das ist fortschrittlich, sind Vorbedingungen von Massenwohlstand bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit.

Dagegen ist Vergrößerung des Kraftaufwandes, Beschleunigung des Arbeitstempos, Druck auf erhöhte Veranschlagung der Arbeitskraft (Energieaufwand), also vorzeitiger Verzehr der Arbeitskraft, keine Rationalisierung entsprechend dem Worte „Vernunft“. Allerdings ist der Erfolg für den Unternehmer in beiden Fällen der gleiche. Der Unternehmer steht nur Kosten und Gewinn. Allgemein sich gegen die Steigerung des Arbeitstempos zu wenden, geht nicht. Besonders dann nicht, wenn die daraus erzielten Vorteile auch der Arbeiterschaft zugute kommen. Kein Arbeiter wird bummeln wollen. Das Optimum wollen wir bei der Arbeitsintensität geben, aber nicht das Maximum. Die dauernde physische und seelische Leistungsmöglichkeit ist wissenschaftlich festzustellen, die der Arbeitskraft und damit dem Menschen

### Internationale Organisation — internationaler Geist.

Echter internationaler Geist stammt aus der gleichen Quelle wie die soziale und religiöse Toleranz. Nur wenn der Mensch im anderen Menschen, welcher Nation, Klasse oder Religion auch immer, das Ewige und Göttliche anerkennt, das er in sich selbst erlebt und für das er den Respekt der Mitmenschen fordert, dann ist die seelische Voraussetzung geschaffen, auf der der Tempel einer neuen Menschheit sich erheben kann. Aus der Zusammenarbeit der Völker kann eine internationale Organisation entstehen, ein internationaler Geist aber nur aus einer neuen Einstellung zwischen Mensch und Mensch. Man muß den Mut aufbringen zu einer seelischen Haltung, die jedem andern das zubilligt, was man für sich selber fordert. . . .

Dreuz, Kultusminister Becker (aus einer Rede auf dem Internationalen Lehrerkongress 1928).

nicht schädlich ist. Es darf nicht einzig der Kostenstandpunkt entscheidend sein, der Mensch kommt in erster Linie mit in Frage.

Das Schwergewicht zwischen falscher und richtiger Rationalisierung liegt im Betriebe. Wir wissen nur zu gut, daß kein Unternehmer, keine Industrie zurückbleiben darf, sonst erliegen sie, und die Folge ist Arbeitslosigkeit. Wir fordern als Arbeiter selbst Rationalisierung, damit wir mit den Löhnen gegenüber dem rationalisierten Betrieb nicht ins Hintertreffen kommen. Erst recht müssen wir richtige Rationalisierung fordern, wenn wir in der Produktion mehr Einfluß ausüben können als heute. Planmäßig organisierte Wirtschaft wollen wir. Also nicht für oder gegen Rationalisierung haben wir zu kämpfen, sondern gegen die für die Gesamtheit schädlichen Formen.

Die Rationalisierung bedroht heute die Arbeitnehmerschaft beständig mit Arbeitslosigkeit. Welche Möglichkeit des Anknüpfens hiergegen gibt es? Resigniert brauchen wir nicht zuzuschauen. Die durch die Rationalisierung arbeitslos gewordenen müssen wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden. Die höhere Produktion wäre zwecklos, wenn nicht der Gesamtheit Vorteile zukämen. Noch eine Möglichkeit gibt es, die freien Arbeitskräfte wieder anzujagen. Wenn infolge der höheren Produktion die Preise sinken und der Absatz stattfindet, dann ist wieder erhöhte Produktion möglich. Geht der Preis nicht herunter, so ist das eine Erhöhung der Preise; deshalb muß unser Kampf gegen die einseitige Preisgestaltung sich wenden. Die erhöhte Produktion muß sich umsetzen in erhöhte Kaufkraft. Der Lohnkampf der Arbeiter ist ein Kampf um den höheren Anteil, ist ein Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Das allein genügt aber nicht, denn immer wieder werden die Arbeiter um ihre Erfolge betrogen, weil der Reallohn nicht steigen kann infolge der Preispolitik, der Preisstabilität durch die Kartelle, Kongerne, Truste. Die Arbeiterklasse muß gegen die monopolistische Preisfestsetzung vorstoßen, muß Kartelle fordern, muß durch den Staat sich das Mitbestimmungsrecht erringen. Das werden Kämpfe sein auf lange Sicht. Aber wir können die Arbeiter heute nicht auf die Zukunft verstoßen. Deshalb muß Hand in Hand damit gehen der Kampf um die Beseitigung der Not, also Arbeitslosenversicherung. Wenn der freigesetzte Arbeiter so viel Einkommen erhält, daß er nicht als Konsument ausfällt, so ergibt sich, daß die soziale Fürsorge und Versicherung ein wirtschaftlicher Kampf ist. Den staatlichen Apparat müssen wir benutzen, um das Kapital zu bestimmen, der Gesamtheit dienstbar zu sein. Der Rationalisierung auf erhöhte Arbeitsintensität haben wir entgegenzusetzen die Forderung auf Schonung der Arbeitskraft. Wo schon acht Stunden oder weniger gearbeitet wird, nimmt der Arbeitszeitkampf andere Formen an. Dort sucht der Unternehmer die Veranschlagung der Arbeitskraft zu erhöhen (Verkürzung der Ferien, Pausen). Da müssen wir hinarbeiten auf Festsetzung des Arbeitstempos, denn da handelt es sich jetzt auch um einen Arbeitszeitkampf. Physische und seelische Einflüsse der Arbeit auf den Menschen müssen aufgezeigt werden. Anerkennung einer früheren Invaliditätsgrenze, Erhöhung des Schulkalters für Jugendliche, Verlängerung des Schulbesuchs, all das als Gegengewicht gegen die höhere Arbeitsintensität. Das Unternehmertum läßt

die Wissenschaft arbeiten, um Vorteile für sich hereinzuholen, aber es läßt nicht untersuchen die Folgen auf den Menschen. Wir müssen auch schon im Kleinen in die kapitalistische Wirtschaft Breche schlagen durch Konsumvereine, also durch die Warenverteilung und, wo möglich, die Eigenproduktion. Die Arbeiterschaft muß sich mit diesem alten, aber ewig neuen Problem eingehend beschäftigen. Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die unmäßige Rationalisierung ist ein Kampf um die Gesundung der Wirtschaft überhaupt, der Wirtschaft, die der Gesamtheit zu dienen hat.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt diese Entschließung vor:

„Die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf technischem und organisatorischem Gebiete zur Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit anerkennt die Arbeiterschaft grundsätzlich als eine Voraussetzung für die Hebung des materiellen und kulturellen Wohlstandes der arbeitenden Massen. Unter der Herrschaft des kapitalistischen Wirtschaftssystems zeigen die technisch-organisatorischen Umwälzungen, die als Rationalisierung bezeichnet werden, mit der Beschleunigung des Prozesses in steigendem Maße einen widersprüchlichen Charakter für die Arbeiterschaft. Während die Anwendung technisch überlegener Verfahren und die Ausschaltung von Kraft- und Stoffverschwendungen in der Gütererzeugung und in der Wertschöpfung für die Arbeiterschaft auch in der Gegenwartsökonomie von Nutzen sein kann, werden unter der Flagge der Rationalisierung im kapitalistischen Interesse vielfach auch Methoden zur Anwendung gebracht, die lediglich geeignet sind, einen Druck auf die Arbeiter auszuüben, ihre Arbeit zu beschleunigen, ihre Arbeitskraft rücksichtslos zu verausgaben und ihre Kräfte vorzeitig zu verzehren. Widersprüchvoll wie die Methoden der Rationalisierung in ihrer Wirkung auf den arbeitenden Menschen sind aber auch die wirtschaftlichen Folgen der Rationalisierung im Kapitalismus. Die Erhöhung der Produktivkräfte, die Vergrößerung der erzeugten Warenmengen, die die Voraussetzung der Wohlstandsteigerung sein können, werden zur Quelle des Elends der Massenarbeitslosigkeit, zu Ursachen schwerer Krisen, wenn auf Grund der kapitalistischen Verteilung des Ertrages die Kaufkraft der Massen der Bevölkerung nicht entsprechend wächst, und wenn nicht der Erhöhung der Intensität der Arbeit die Verkürzung der Arbeitszeit entspricht.“

Aus der Erkenntnis dieser Widersprüche folgert die Arbeiterschaft, daß es um ihrer Gegenwartsinteressen und um ihrer Zukunftsziele willen, die die Anwendung höchster Wissenschaftlichkeit im Wirtschaftsaufbau erfordern, nicht damit getan ist, die Rationalisierung als Prinzip zu bejahen oder zu verneinen, sondern daß es die besondere Aufgabe der Gewerkschaften ist, den Kampf um die Formen der Rationalisierung und den Kampf um ihre wirtschaftlich-sozialen Auswirkungen zu führen. Für den technisch-organisatorischen Fortschritt und gegen die Pseudo-Rationalisierung verschärfter Ausbeutung der Arbeitskraft, für die Erweiterung des Absatzes auf Grund gesteigerter Produktion durch Erhöhung der Reallohnne und gegen die Preisgabe der Arbeitermassen an das Elend der Arbeitslosigkeit auf Grund der Aneignung der Früchte der Rationalisierung durch die Minderheit der Eigentümer der Produktionsmittel gilt es zu kämpfen.

Aus dieser Grundeinstellung und aus den Erfahrungen der letzten Jahre, ergeben sich für die Gewerkschaften eine Reihe von dringlichen Forderungen wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art, die in jedem Lande, zum Teil aber auch im internationalen Zusammenwirken zu erheben sind:

1. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit durch technische oder organisatorische Neugealtungen muß unmittelbar verbunden sein mit einer Erhöhung der Reallohnne als Voraussetzung der Kaufkraft der Massen, die allein für eine erweiterte Produktion die entsprechenden Absatzmöglichkeiten schafft. Der Reallohn kann durch Preislenkung oder Lohn-erhöhung steigen. Solange eine Gewähr für die Preisverbilligung im Verfolg der Rationalisierung nicht gegeben ist, bleibt der Kampf um höhere Löhne das entscheidende gewerkschaftliche Mittel zur Sicherung eines steigenden Anteils der Arbeiter am Rationalisierungserfolg.
2. Die Rationalisierung, die gegenwärtig noch vorwiegend als Maßnahme innerhalb des Betriebes auftritt, ist planmäßig unter Mitwirkung des Staates und unter Beteiligung der Vertreter der Arbeiterschaft auf die Rationalisierung durch Zusammenfassung in den Gewerben und auf die Rationalisierung der Warenverteilung auszuweihen. Für die Rationalisierung der Warenverteilung ist der Förderung der Konsumgenossenschaften besondere Bedeutung beizulegen.
3. Zur Verhütung des Mißbrauchs kapitalistischer Monopolstellungen in der Richtung der einseitigen Aneignung der Früchte des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts und der Rationalisierung ist die staatliche Kontrolle von Kartellen und Trustunternehmungen unter Beteiligung der Gewerkschaften zu sichern.
4. Gegen die häufigen unmittelbaren Folgen der Rationalisierung in Gestalt der Freisetzung von Arbeitskräften ist der Ausbau oder die Einrichtung der gesellschaftlichen Arbeitslosenversicherung und besonderer Schutz bei Betriebsstillegungen notwendig. Die Arbeitsvermittlung unter besonderer Berücksichtigung notwendiger Umschichtungen der Arbeiterschaft ist auszubauen.
5. Die fortschreitende Mechanisierung und Intensivierung der Arbeitsleistung und der besonders im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung chemischer Produktionsverfahren auftretende Zwang zur Arbeit in ungesunder Atmosphäre bedingt eine entsprechende Arbeitszeitverkürzung. Der nächste Schritt in dieser Richtung muß in der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bestehen. Ausreichende Pausen und bezahlte Ferien sind zur Erhaltung der immer stärker angepannten Arbeitskräfte notwendig. In Alters- oder Pensionsversicherungen ist die Altersgrenze entsprechend den verschärften Leistungsanforderungen herabzusetzen.
6. Der Arbeiterschaft, die soziale Gesundheitspflege und die öffentliche Aufsicht über die Betriebseinrichtungen sind der technisch-chemischen Entwicklung entsprechend auszubauen und durch internationale Angleichung zu sichern.
7. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in den Betrieben durch Betriebsräte ist gesetzlich oder tariflich auszugestalten. Im besonderen müssen die Betriebsräte bei der Einführung neuer Verfahren oder bei organisatorischer Umgestaltung die Möglichkeit haben, die Interessen der arbeitenden Menschen wirksam zu vertreten, um echte Rationalisierung zu fördern und Raubbau an der Arbeitskraft zu verhindern.
8. Wissenschaftliche Untersuchungen von Rationalisierungsfragen durch staatliche Institute oder Ausschüsse sind zu fördern, wenn sie die Wirkung von Veränderungen der Arbeitsgestaltung auf den arbeitenden Menschen, seine Gesundheit, seine seelische Befindlichkeit und seine kulturelle Lage in den Bereich ihrer Studien einbeziehen. Die maßgebliche Beteiligung der Arbeiterschaft an derartigen Untersuchungen ist notwendig.

Nicht gegen die Rationalisierung, sondern gegen ihre Entartungen in der kapitalistischen Wirtschaft nehmen die Gewerkschaften

schaffen den Kampf auf. Sie kämpfen damit zugleich um freie Bahn für eine echte Rationalisierung, die nicht nur vernunftgemäße Gestaltung der Arbeitstechnik zum Ziele hat, sondern auch ein vernunftgemäßes Wirtschaftssystem, in dem sich die Arbeit frei von der Herrschaft einer durch Besitz privilegierten Klasse zum Nutzen der Gesamtheit entfalten kann.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages tritt der Kongress in die Debatte über das Referat Naphthals ein.

Stähler (Hannover): Die Rationalisierung ist international, muß es sein. Manche Staaten wollen sich durch sie vom seitherigen Bezugsland unabhängig machen.

Zu verwerfen ist das Prinzip der Steigerung der Produktionsleistung durch vernunftwidrige Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, wie das zum Teil in der Papierherstellung der Fall ist.

In Deutschland z. B. ist der Produktionserfolg gestiegen in der Papierfabrikation von 1924—1928 um über 30 Prozent, von 1912—1928 um über 52 Prozent, in der Zellstoffproduktion von 1913—1928 um 29,4 Prozent und in der Pappenerzeugung von 1912—1928 um 19,6 Prozent. Dagegen sank die Zahl der Betriebe in der Zeit von 1913—1928 von 1248 auf 1063, also um 185.

Ähnlich ist es auch in anderen Staaten. Die Leistung pro Arbeiter betrug 1919: 12,5 Tonnen, 1928: 27,9 Tonnen, das ist eine Steigerung um 123 Prozent. Die Ausnützung der Betriebskapazität war 1928 in Deutschland 85 Prozent. Deshalb fordern wir den sanktären Arbeitstag. Die Verteuerung von Papier durch den Zwischenhandel beträgt in Deutschland 178—2106 Prozent. Zwischen den Ländern tobt der Kampf um den Weltmarkt. Deutschland fährt 25—30 Prozent seiner Papierproduktion aus. Der deutsche Inlandspreis für Zeitungsdrukpapier ist pro Kilogramm 30 Pf., nach Dänemark 25,4 Pf., nach Argentinien 26,8 Pf. und nach USA 25,7 Pf.

Dukes (London): Der Kapitalismus steigert die Produktion nur des Gewinnes wegen. Wenn wir die Rationalisierung fördern, muß sofort die Frage sein: Was bekommen wir dafür? Es ist nicht notwendig, die Technik zu verbessern, wir bekommen ja immer mehr Arbeitslose. Der englische Kapitalist will den deutschen Markt und der deutsche Kapitalist will den englischen Markt erobern auf Kosten der Arbeiter. Die Rationalisierung löst ein noch höheres Nationalgefühl aus. Unsere Mitbestimmung bei der ganzen Frage wird so sein wie beim Militär, wenn der Offizier fragt: Hat jemand eine Klage? Gott helfe dem armen Soldaten, der sich beklagt.

Adler (Hannover): Das laufende Band hatten wir schon in der Vorkriegszeit. Früher hatten die Arbeiter bei der Rationalisierung nichts mitzureden. Heute aber sind in Deutschland die Betriebsräte dazu berufen. Weil die Rationalisierung durchgeführt werden muß, deshalb müssen wir auch mitwirken. Wir müssen die Arbeiterschaft dazu erziehen.

Stenklev (Oslo): Die Rationalisierung hat bei uns 1914 eingeführt. Wir müssen verhindern, daß der Arbeiter physisch mehr leisten muß als vorher. Eine Erhöhung der Löhne hat kaum stattgefunden. Wir betrachten die Entschleunigung als einen Kampfstreit gegen die schädlichen Auswirkungen der Rationalisierung. Die Papierindustriellen der nordischen Länder beabsichtigen, die Produktion um 25 Prozent einzuschränken. Also wir rationalisieren und schränken die Produktion ein, weil sie zu hoch ist; freilich geht es auf Kosten der Arbeiter. Viele Arbeiter sind durch die Rationalisierung in Schweden und Norwegen arbeitslos geworden.

Naphthali (Berlin), Schlusswort: Das Problem wurde durch die Diskussion vertieft. Ich bin Herrn Stähler dankbar, daß er ein praktisches Beispiel über gute und schlechte Rationalisierung gegeben, und daß er die Zollpolitik hervorgehoben hat. Wenn die Inlandspreise erhöht werden und überschüssige Produktion auf den Weltmarkt geworfen wird, dann ist die Zollpolitik die Folge eines unrationellen Wirtschaftssystems. Eine rationale Verteilung wird erst möglich sein, wenn wir zu den Vereinigten Staaten von Europa gekommen sind. Die Ausführungen Dukes (London) stehen nur scheinbar im Gegensatz zu meinem Referat und zur Resolution. Ich stimme ihm zu, wenn er sagt, die Frage kann nicht sein, wieviel kann produziert werden, sondern die Frage ist ein Verteilungsproblem. Das ist aber eine Selbstverständlichkeit, die wir gar nicht mehr auszusprechen brauchen. Geändert werden muß das gesellschaftliche System. Nur in einem Punkt bin ich mit Dukes nicht einverstanden, wenn er sagt, wir brauchen uns um die Rationalisierung nicht zu kümmern. Das geht nicht. Deshalb geht die Rationalisierung doch weiter und beeinflusst weiter das Schicksal der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft muß fortgesetzt zu all den damit zusammenhängenden Fragen Stellung nehmen. Daß es nicht allein mit gewerkschaftlichen und betriebsräthlichen Mitteln geht, sondern daß auch politische Möglichkeiten ausgenutzt werden müssen, um Einfluß zu gewinnen, steht fest. Mit gesetzlichen Eingriffen, national und international, müssen wir die Entwicklung beeinflussen. Der Weg geht also zunächst über die Politik. Wir müssen das eine tun und dürfen das andere nicht lassen. Es hängt in der Tagesarbeit von unseren organisierten Kräften ab, was wir von der Rationalisierung bekommen. Die Genossen in England kämpfen genau so um den Ertrag an der Arbeit wie wir in Deutschland. Wir wollen überall in den Fragen unsere Stimme erheben. Der Kollege Stenklev (Oslo) sprach von der Arbeitszeit. Zunächst kommt es darauf an, den Achtstundentag bzw. die 48-Stunden-Woche zu erringen. Selbst wenn das Washingtoner Abkommen ratifiziert ist, müssen wir um dessen Durchführung kämpfen. Dazu gehört auch die Erziehungsarbeit an der Arbeiterschaft selbst. Das ist kein moralischer Vorwurf, nur die Feststellung einer Tatsache. Entscheidend bleibt bei unserem Ringen um den Preis für die Mitwirkung bei der Rationalisierung das große Ziel: Befreiung der Arbeiterschaft durch Vergeßenschaft der Produktionsmittel.

Die zur Rationalisierungsfrage vorliegende Entschleunigung wird einstimmig angenommen.

(Schluß folgt)

### Zehn Jahre republikanische Verfassung.

Der Tag, an dem vor 10 Jahren die Nationalversammlung in Weimar die Verfassung des neuen Deutschen Reiches beschloß, wird überall feierlich begangen werden, wo republikanische deutsche Herzen schlagen. Am 11. August 1919 wurde endgültig erreicht, was unseren alten Vorkämpfern schon seit Jahrzehnten als erstes Ziel vorgeschwebt hatte: die Schaffung eines Volksstaates, in dem die Arbeiterschaft den maßgebenden Anteil an der Führung der Staatsgeschäfte hat, der der Arbeiterklasse dank ihrer ungeheuren Bedeutung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zukommt. Und so ist der Verfassungstag in erster Linie ein Fest der deutschen Arbeiterschaft, die wohl allen Grund hat, sich des errungenen Erfolges zu freuen, und die daran einen maßgebenden Anteil hat, daß wir heute, nach den furchtbaren Erschütterungen des verlorenen Krieges, in einem geeinten Staate in Ruhe und Sicherheit leben können, und daß ein furchtbares Chaos und ein blutiger Bürgerkrieg vermieden wurde. Welches aber hätte Deutschland nahezu mit Gewißheit aus der Reihe der selbständigen Staaten gestrichen.

Allerdings wird der 11. August nicht vorübergehen, ohne daß von den Gegnern der Republik das junge Staatswesen mit seiner „Judenverfassung“ schamlos geschmäht und begeistert werden wird. „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen.“ Mit überlegener Ruhe werden die republikanischen Deutschen die Angriffe abzuwehren wissen.

### Sozialismus.

Sozialismus ist keine Erlösungsreligion, ist vielmehr Kampf der Starken, Latzkräftigen, um eine freie, gerechte Welt. Schon jetzt müssen wir beginnen, die Lebensformen der Gesellschaft neu zu bilden. Wer abseits steht, hat sich und seine Aufgabe innerhalb der Gemeinschaft nicht erkannt.

Aus: „Unser Weg“.

Der Sozialismus als Theorie der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, als Begründer der allgemeinen Glückseligkeit, ist die eigenste Tat der souveränen Vernunft.

Reinhold.

die auch am 10. Jahrestage der Deutschen Reichsverfassung von den rechten und linken Feinden der Republik erfolgen werden. Wir wissen ja glücklicherweise zu gut, aus welchen Motiven diese Angriffe erfolgen. Bei den einen ist es die Wut über die verlorene Vorherrschaft und nicht zum wenigsten das schlechte Gewissen, das ihnen mit grauerhafter Deutlichkeit sagt, daß nur sie selber schuld sind an der verlorenen Herrlichkeit; bei den anderen ist es die Enttäuschung darüber, daß es ihnen nicht gelungen ist, Deutschland den paradiesischen Zuständen entgegenzuführen, die das russische Volk durchleben mußte und noch durchlebt. Man sieht, die Gegensätze berühren sich auch hier. Der gesunde politische Sinn der deutschen Arbeiterschaft hat aber klar erkannt, daß weder in der Rückkehr zu den alten Formen des Staatslebens noch in der planlosen Vernichtung alles Bestehenden das Heil des deutschen Volkes liegt, sondern nur in der zähen, ruhigen Hinarbeit auf das endgültige Ziel, den sozialistischen Volksstaat, der mit dem 11. August 1919 allerdings noch nicht begründet wurde. Aber die heutige Republik ist eine Vorstufe, ein notwendiges Durchgangsstadium zu diesem Ziel, und darum wehren sich die republikanischen Gesinnten, wehren sich vor allem die deutsche Arbeiterschaft in ihrer übergroßen Mehrheit mit Recht gegen jede Erschütterung der heutigen Staatsform.

Damit beweist die deutsche Arbeiterschaft mehr politischen Sinn, als der Teil des deutschen Volkes, der sich so gern die Edelstein und Westen der Nation nennt, und der sich immer so gebärdet, als ob er allein wüßte, was Vaterlandsliebe heißt. Es ist ein bedauerliches Zeichen der politischen Unreife eines großen Teiles des deutschen Volkes, daß noch jetzt, 10 Jahre nach der Änderung der Staatsform, Zweifel daran laut werden können, daß die Republik, und nur die Republik, Deutschland vor dem völligen Zerfall bewahrt hat und daß die Republik die einzige Staatsform ist, die nach den furchtbaren Erschütterungen, die je ein Volk durchleben mußte, uns noch ein Zusammenleben auf staatlich gebundener Grundlage ermöglicht. Noch niemals ist in der Geschichte nach solchen Erschütterungen und Umwälzungen eine Rückkehr zu früheren, überlebten Zuständen erfolgt, denn die Entwicklung des Volkes kennt kein Zurück.

Das Rad der Zeit läßt nicht zurück sich stellen. Denn vorwärts drängt der Zeiger ohne Rast. Und all das Bollwerk soll und muß zerbrechen. Das hemmend in des Rades Speichen faßt.

Das mögen sich die Anhänger des Alten, die ewig Gefrigen, einmal mit aller Deutlichkeit sagen lassen, die noch heute der trübsichten Ansicht sind, daß die Republik nur Platzhalterin für eine neue Monarchie sei. Nie und nimmer wird sich ihre Hoffnung verwirklichen, und wenn irgendwo das Sprichwort zutrifft: „Hoffen und harren macht manchen zum Narren“, so trifft es auf diese Leute zu.

Die Schwäche der antirepublikanischen Propaganda zeigt sich vor allem auch in der ewig wiederkehrenden Behauptung, daß es „früher“ doch besser gewesen wäre, daß die Republik es ja auch nicht verstanden habe, alles Unheil von Deutschland abzuwenden und die herrlichen Zeiten herbeizuführen, denen Wilhelm der Letzte, der heute viel vaterlandsloser ist als die Männer, die er einmal als vaterlandslose Gefellen beschimpfte, uns in unbegreiflicher Verblendung entgegenführen wollte. Wir brauchen doch bloß auf die Ablesung des Dawes-Plans durch den Young-Plan, auf die bevorstehende Räumung des Rheinlandes, auf die unzweifelhaft stark gestiegene Geltung des Deutschen Reiches im Rate der Völker hinzuweisen, um die Haltlosigkeit dieser Behauptungen zu erweisen.

die doch nur von Leuten aufgestellt werden können, die blind an dem Geschehen der letzten Jahre vorübergegangen sind. Nur blinder Haß oder gehässige Blindheit können sagen, daß sich in den 10 Jahren des Bestehens der neuen Deutschen Reichsverfassung noch nichts zum Besseren gewandt habe. Mehr zu verlangen, als bereits geschehen und errungen ist, ist Demagogie, ist bodenlose Demagogie vor allem, wenn solche Forderungen von Leuten aufgestellt werden, denen die junge deutsche Republik in erster Linie die unheilvolle Erbschaft verdankt, die uns heute noch das Leben schwer macht.

Der republikanische Gedanke ist heute so stark in den Herzen ungezählter Millionen deutscher Männer und Frauen verankert, daß es ganz unmöglich erscheint, ihn wieder daraus zu verdrängen. Eine Idee, die sich in 10 Jahren so viele begeisterte Anhänger erwerben konnte, kann nicht untergehen. Ein ernsthafter Versuch, die deutsche Republik wieder zu bestreiten, würde darum das deutsche Volk ins innerste Mark treffen und über Millionen von Volksgenossen unaussprechliches Elend bringen. Darum muß ein solcher Versuch schon im Anfang an dem entschlossenen Abwehrwillen der deutschen Arbeiterschaft scheitern, die in ihren Feiern am 11. August wiederum mit eindringlicher Deutlichkeit ihre Treue zur neuen Verfassung bekunden wird. Gewiß ist auch diese neue Verfassung nicht ohne Mängel, wir sind gewiß nicht wunschlos mit ihr zufrieden. Es bleibt noch viel zu tun, um in die Wirklichkeit umzusetzen, was in ihren 181 Artikeln beschlossen und versprochen wurde. Immer aber bleibt sie uns das Grundgesetz des deutschen Volkes, bleibt sie uns das Zeichen für jenen Tag, an dem Millionen von Deutsche bis dahin nur Untertanen waren, zu gleichberechtigten Staatsbürgern wurden. Der wichtigste Satz der neuen Deutschen Reichsverfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“ muß Wahrheit bleiben, muß noch mehr Wahrheit werden. Das ist der sicherste Schutz für die deutsche Republik wie für die Verfassung, für deren Ausbau, für deren Weiterbestehen, zu deren Feiern wir uns am 11. August zu eindrucksvollen Kundgebungen zusammenfinden wollen.

### Fabrikarbeit nach dem Stundenplan.

In Paris fand der Internationale Kongress für wissenschaftliche Organisation der Arbeit statt. Aus 35 Ländern waren 1200 Delegierte erschienen. Ein Beweis dafür, wie die Rationalisierung die ganze Welt wie ein Fieber erfasst hat. Überall, wo die kapitalistische Produktionswirtschaft Fabriken, Werkstätten, Büreaus usw. entstehen ließ, macht sich der Drang geltend, alte Einrichtungen durch neue und bessere zu ersetzen. Der Grund von alledem ist die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft zu steigern. Deutschland stand auf diesem Kongress nicht an letzter Stelle; im Gegenteil, nach den Vereinigten Staaten dürfte hier die Rationalisierung am stärksten durchgeführt sein. In einem Bericht der „F. Jg.“ Nr. 479 über obigen Kongress wird die Rationalisierung folgendermaßen gekennzeichnet:

„Früher schickte man seine Aufträge in die Fabrik hinein und ließ dann alles treiben, verfolgte etwas die Termine, aber es war den Meistern überlassen, zu disponieren, dem Arbeiter, sich einzurichten mit seiner Zeit. Der neue Betrieb steht unter dem Einfluß des Stundenplanes, des Betriebsplanes. Da gibt es keine Willkür mehr; jede Arbeit ist im voraus genau festgelegt, nicht nur wie und wo, sondern auch wann, auf die Minute, sie gemacht werden muß. Auf einem graphischen Bild sind die Arbeiten, die zu geschehen haben, minutiös vorher eingezeichnet. Von einer zentralen Stelle aus wird durch Lichtsignal und Filmprojektion Anfang, Art und Ende der Arbeit angeordnet. Was man vor ein paar Jahren noch für unmöglich hielt, ist Wirklichkeit geworden: der Fabrikbetrieb, das Bureau, das mit der Exaktheit einer Eisenbahn läuft, nach Fahrplan, nach Signal; Verpätungen gibt es nicht, wenn nicht gerade eine Maschine zu Bruch geht oder ein anderes Elementarereignis eintritt.“

Der Berichterstatter folgert aus alledem, daß aus diesem Rationalisierungssieber ein neuer Typ von Unternehmern und Betriebsleitern erwache. In einem solchen rationalisierten Betriebe gäbe es keinen Herrenstandpunkt mehr, nicht mehr das Ansehen und Ansehen, nicht mehr das gefühlsmäßige Urteil über Wert und Unwert des einzelnen Mitarbeiters. Es sei mit großer Offenheit ausgesprochen, daß es von der besseren psychologischen und menschlichen Erziehung des Vorgesetzten abhängt, ob das System der gegenwärtigen Betriebsführung Erfolg haben oder zum Scheitern verurteilt sein wird. — Dies alles scheint uns sehr optimistisch gesehen. Wir wollen hoffen, daß allgemein ein besserer Typ von Unternehmern heranwächst. Bis jetzt scheint er uns noch sehr spärlich vorhanden zu sein. Wer das nicht glaubt, möge tagtäglich die schwerindustrielle Presse lesen. — In dem Bericht der genannten Zeitung wird zum Schluß darauf hingewiesen, daß die internationale Wirtschaftsstabilisierung das Ziel des Kongresses gewesen sei. Der Ausgleich zwischen Erzeugung und Konsum sei nur durch eine internationale Wirtschaftspolitik zu lösen. Ganz unserer Meinung. Die Rationalisierung drängt zu internationalem Handeln.

### Frauenfragen.

#### Die Frau im Arbeitsschutzgesetzentwurf.

Dem Reichstag liegt der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes endlich zur Beschlussfassung vor. Mehrere Jahre schon wird in der Öffentlichkeit über den Entwurf diskutiert. Auch die Gewerkschaften waren eifrig bestrebt, durch ihre Vertreter dringliche Wünsche und Anregungen der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen und so den Entwurf im Arbeiterinteresse zu beeinflussen. Aber das ist nicht befriedigend gelungen. Viel Neues und Besseres hat der Entwurf nicht gebracht, abgesehen von einigen Bestimmungen über Jugendschutz. Die Altersgrenze für Jugendliche ist von 16 auf 18 Jahre festgesetzt, ferner gelten die Bestimmungen der Arbeitszeitregelung für alle Jugendlichen, also auch in Betrieben, mit weniger als 10 Arbeitnehmern.

Erhöhter Schutz für Jugendliche und Arbeiterinnen wird in den §§ 5 sowie 18 bis 24 zugelagt. Im § 5 heißt es, daß Arbeitgeber, die Jugendliche unter 18 Jahren und Arbeiterinnen über 18 Jahre beschäftigen, besondere Vorkehrungen zum Schutze gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit zu treffen haben, die durch die Jugend und das Geschlecht dieser Arbeitnehmer geboten sind. Im Absatz 2 des § 5 heißt es dann weiter: „Arbeitgebern, die sich gegen Jugendliche oder Arbeiterinnen ihres Betriebes eines Verbrechens oder Vergehens wider die Sittlichkeit schuldig gemacht haben und deshalb rechtmäßig verurteilt worden sind, kann die Beschäftigung von Jugendlichen oder Arbeiterinnen dauernd oder für bestimmte Zeit von dem Arbeitsschutzamt untersagt werden.“ — Diese Bestimmungen sind sicher so nötig wie selbstverständlich und sicher sehr wichtig, weil sie

nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in der Praxis Anwendung finden sollen. Bedauerlich ist aber, daß wichtige Arbeitnehmergruppen, wie die Land- und Hauswirtschaft, in denen überwiegend Frauen und Mädchen beschäftigt werden, nicht mit in den Geltungsbereich des Arbeitsschutzgesetzes einbezogen worden sind. Nicht allein, weil die stichtlichen Befahren, gegen die § 5 Schutz bieten soll, für die Arbeiterinnen der beiden genannten Berufsgruppen noch leichter gegeben sind, sondern auch weil die Arbeitszeitregelung und der Mutterschutz wichtige Angelegenheiten aller Arbeiterinnen sind.

Die Bestimmungen über Arbeitszeit, Arbeitspausen und Freizeit für Jugendliche und Arbeiterinnen sind in den §§ 18 bis 22 niedergelegt. Zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens sollen Jugendliche bis zu 18 Jahren und Arbeiterinnen nicht beschäftigt werden. Bei Arbeit in mehreren Schichten dürfen Arbeitnehmer zwischen 16 und 18 Jahren und Arbeiterinnen über 18 Jahre zwischen 5 Uhr morgens und 10 Uhr abends beschäftigt werden, wenn zwischen den einzelnen Schichten eine ununterbrochene arbeitsfreie Zeit von mindestens 14 Stunden liegt. Dem Landesarbeitschutzamt ist aber die Möglichkeit gegeben, Beginn und Ende der Arbeitszeit bis zu einer Stunde hinauszuschieben. Dadurch kann also die Arbeitszeit der Frauen bis 11 Uhr abends ausgedehnt werden. Außerdem sind den Arbeitgebern reichliche Möglichkeiten gegeben, das Nachtarbeitsverbot für Jugendliche und Frauen gänzlich zu umgehen. Im Absatz 3 des § 18 ist u. a. festgelegt, daß die Genehmigung der Nacharbeit für Jugendliche zugesagt wird, wenn es sich um „ununterbrochene Arbeit“ oder um „Gründe des Gemeinwohls“ handelt. Außerdem können Arbeiterinnen zur Nacharbeit herangezogen werden zur „Vermeidung des Verderbens von Rohstoffen oder Lebensmitteln“ oder infolge „unvorhergesehener Ereignisse“. Von den letzten Bestimmungen werden die Konservenarbeiterinnen und die Arbeiterinnen der Fischverarbeitenden Industrie besonders betroffen. Es kommt da schon jetzt gar nicht selten vor, daß die Arbeiterinnen vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein beschäftigt werden, bei geringen Arbeitsunterbrechungen. Natürlich immer „wegen der Gefahr des Verderbens der Rohstoffe“ usw. Aber auch andere Betriebe haben durch die vielen Ausnahmen die Möglichkeit, die Arbeitszeit beliebig festzulegen. Für die Arbeiterinnen allerdings sollte dies Grund genug sein, frei und fest zur Gewerkschaftsbewegung zu stehen und die Macht und den Einfluß der Gewerkschaften für jetzt und für die Zukunft zu stärken. Durch den Abschluß der Tarifverträge kann bei guter Organisation mancher Mangel des Gesetzes abgeschwächt und dadurch mehr Schatz vor Ausbeutung gewährleistet werden.

Die arbeitsfreie Zeit ist im § 19 geregelt. Jugendlichen und Arbeiterinnen ist nach der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene arbeitsfreie Zeit von mindestens 11 Stunden zu gewähren. Arbeiterinnen dürfen am Conabend sowie an den Vorabenden der Festtage nicht nach 5 Uhr abends beschäftigt werden, wenn es sich nicht um Arbeiten in Schichten handelt. Aber auch hier kann der Reichsarbeitsminister bei Arbeiten in einfacher Schicht bestimmten Gewerben eine Beschäftigung nach 5 Uhr nachmittags zulassen.

§ 20 regelt die Ruhepausen. Als Ruhepausen dürfen nur Arbeitsunterbrechungen von mindestens einer Viertelfunde gerechnet werden. Die alte Bestimmung, wonach Arbeiterinnen auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu beantragen sind, ist mit in den Arbeitsschutzgesetzentwurf aufgenommen worden.

Im § 23 ist der Mutterschutz geregelt. Dieser ist wohl der wichtigste Sonderchutz für die Arbeiterinnen und verdient deshalb auch unsere besondere Beachtung. Die Bestimmungen sind fast unverändert aus dem Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 1. August 1927 übernommen worden. Es heißt da u. a.: „Arbeiterinnen, die der Krankenversicherung unterliegen, sind berechtigt, sechs Wochen vor der Niederkunft die Arbeit zu verweigern. Ihre Wiedereinstellung ist an eine Bescheinigung des Arztes geknüpft, daß sechs Wochen seit der Niederkunft verstrichen sind. Eine weitere Schonzeit von sechs Wochen tritt ein, wenn durch ärztliches Zeugnis festgestellt wird, daß eine durch die Folgen der Schwangerschaft eingetretene Krankheit die Arbeiterin an der Übernahme der Arbeit hindert. Während dieser Zeit, sechs Wochen vor und sechs bzw. 12 Wochen nach der Niederkunft, besteht Kündigungs-schutz. Alle Kündigungen, die während dieser Zeit ausgesprochen werden und keinen wichtigen Grund, der nicht mit der Schwangerschaft in Verbindung zu bringen ist, zur Grund-lage haben, sind nichtig.“

Abatz 2 des § 23 sagt: „Arbeiterinnen, die schwanger sind oder stillen, sind nicht verpflichtet, über acht Stunden hinaus täglich zu arbeiten. Arbeiterinnen, die stillen, ist auf ihr Verlangen während sechs Monaten zweimal eine halbe Stunde oder einmal eine Stunde täglich von der Arbeit freizugehen.“

Abatz 4: „Werden weibliche Arbeitnehmer sowohl mit Arbeiten, die unter das Arbeitsschutzgesetz fallen, als auch mit anderen Arbeiten beschäftigt, so finden die Vorschriften der Abätze 1 bis 3 auf die gesamte Beschäftigung Anwendung, wenn bei ... regelmäßigen Beschäftigung die unter das Arbeitsschutzgesetz fallende Arbeit überwiegt. Andernfalls finden die Vorschriften der Abätze 1 und 2 nur auf die unter das Arbeitsschutzgesetz entfallende Arbeit Anwendung und treten an die Stelle des Absatzes 3 die für die sonstige Beschäftigung geltenden entsprechenden Vorschriften.“

In der Begründung des Arbeitsschutzgesetzes wird zu Absatz 4 des § 23 gesagt: „Zum Beispiel dürfte eine Arbeiterin, die überwiegend in der Hauswirtschaft, daneben aber auch gewerblich beschäftigt wird, sechs Wochen nach der Niederkunft nicht gewerblich beschäftigt werden und hätte das Recht, sechs Wochen vor bis zu zwölf Wochen nach der Niederkunft die gewerbliche Arbeit zu verweigern. Sie genießt aber für die gewerbliche Arbeit nicht den Kündigungsschutz des Arbeitsschutzgesetzes, da sich die Kündigungsvorschriften nur einheitlich regeln lassen.“ Die betreffenden Ar-

beiterinnen sind also in erster Linie auf die „Einstufung“ und das soziale Empfinden der Arbeitgeber angewiesen, wenn sie nach der Niederkunft wieder eingestellt werden wollen. Gesehlich haben sie kein Recht auf ihren Arbeitsplatz. Sie werden es sich wohl in diesem Falle reichlich überlegen, ob sie von dem Recht der Arbeitsverweigerung sechs Wochen vor der Niederkunft Gebrauch machen. Und in der Praxis wird sich diese Klausel, die sicher nur im Arbeitgeberinteresse liegt, meist zum Schaden der Arbeiterin auswirken. Soll aber der Mutterschutz wirklich dem Interesse und der Gesundheit von Mutter und Kind dienen, dann müssen die Bestimmungen für alle Arbeiterinnen volle Geltung haben. Darüber hinaus müssen die Schutzstrafen wesentlich erweitert werden. Aber diese Verbesserungen werden davon abhängen, ob bei den Arbeiterinnen ernster Wille und starkes Selbstvertrauen zur Organisation vorherrschend ist, damit Gewerkschaft und Partei einen größeren Druck auf die Gesetzgebung in den Parlamenten ausüben können. Anna Zammerl.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Danzig. Bericht über die Delegiertenkonferenz. In Danzig (Gau 5) tagte am Sonntag, dem 23. Juni, für den Zahlstellenbezirk des Freistaates eine Delegiertenkonferenz, die von 48 Funktionären und Delegierten besucht war.

Nach einleitenden Begrüßungsworten des Kollegen Korfmowski sprach der Geschäftsführer Kollege Petrowski über die Entwicklung der Organisation und ihre Erfolge seit seinem im Mai 1928 erfolgten Amtsantritt. Redner verwies auf den gedruckten Bericht und zeigte an Hand dessen die Aufwärtsentwicklung der Zahlstelle, die sich nicht allein in der um 622 gestiegenen Mitgliederzahl ausdrückt, sondern auch in der erhöhten erfolgreichen Agitationsstätigkeit, in den gestiegenen Lohnbewegungen, bei welchen der chemischen Industrie besondere Beachtung geschenkt wurde und wo es gelang, einen für die Arbeitnehmer günstigen Lohnvertrag zu schaffen. Leider gibt es immer noch viele Kollegen, die sich von der organisierten Arbeiterschaft die Kohlen aus dem Feuer holen lassen. Diese sind besonders in dem Betriebe Milch vertreten, dessen Arbeitnehmerschaft an dem erhöhten Lohn gleichfalls Anteil hat, ohne einen Finger dafür gerührt zu haben. Ganz ähnliche Verhältnisse bestehen in den chem. Wasch- und Reinigungsanstalten, der pharm. Fabrik Pohl und der Säurefabrik Meteor. In der Seifenindustrie ist es gelungen, für drei Betriebe einen Gewerkschafts- und Lohnvertrag abzuschließen, während es für die Parfümerien immer noch nicht zu einem Abschluß gekommen ist, was zum größten Teil an dem fehlenden Zusammenschluß der Arbeiterschaft liegt. Für die Industrie Steine und Erde ist die Lage im Freistaatsgebiet günstig. Durch rege Arbeit sind schöne Erfolge erzielt worden, auch in der Trikotweberei und Strickwarenfabrik ist gut gearbeitet worden.

Die größte Rolle spielt für das Wirtschaftsgebiet der Freien Stadt Danzig die Zuckerindustrie, die ihre Betriebe in Prazsi, Sobowisch und Neuteich hat. Die Kollegen sind fast reiflos organisiert. Für die andern beiden Betriebe trifft dies leider nicht zu; sie bilden deshalb einen Hemmschuh für die aufwärtsstrebende Arbeiterbewegung. Der Redner schildert noch eingehend die Taktik der Arbeitgeber und wie es für diese ein leichtes ist, die masslose Arbeiterschaft so gefügig zu machen, wie z. B. in der Gummifabrik Guwada, wo die Belegschaft mit einer Ausnahme ihre Verbandsbücher an den Arbeitgeber abgeliefert und eigene Verträge abgeschlossen hat. Der Gauleiter Kollege Vogel hielt dann sein Referat über das Tarifwesen in seiner rechtlichen Grundlage und die Auswirkungen für die Arbeiterschaft, in welchem er eingangs über den Werdegang des Tarifrechts sprach. In der anschließenden Diskussion wurden alle Unklarheiten und Unstimmigkeiten geklärt. Zum 3. Punkt referierte die Kollegin Wollermann über Frauenerwerb und Frauenagitation. Die Kollegin W. erklärte die mangelnde Solidarität der Arbeiterinnen mit den im gleichen Schicksal stehenden männlichen Arbeitsgenossen aus der jahrelangen nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch gesellschaftlichen Unterdrückung, die sie in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Mann brachte. Aus dieser Abhängigkeit entwickelten sich Minderwertigkeitsgefühle, die die Frau anspruchlos und somit zu einem willigen Ausbeutungsobjekt für den Unternehmer machten. Diese Minderwertigkeitsgefühle erschweren es ihr auch sehr, den gleichen Weg zu gehen wie der Mann. Hieran schloß sich eine Diskussion, an welcher sich besonders die Kolleginnen Volkmann und Kraszki beteiligten. Nach Erledigung des vierten Punktes konnte die Konferenz abends 6 Uhr geschlossen werden. Sie hat Zeugnis von dem ernsten Willen abgelegt, daß der Verband der Fabrikarbeiter auch im abgeschlossenen Danzig den Kampf mit dem Kapital noch schärfer führen will. Die Konferenz klang aus in einem Hoch auf den Fabrikarbeiterverband, und mit dem Gelobnis „Ein für alle und alle für einen“ werden die Funktionäre für den Verband und damit für die Kollegenschaft weiter arbeiten.

Sirchberg. Am 30. Juni 1929 fand die 2. Frauenkonferenz der Bezirkszahlstelle Sirchberg-Rauffung statt. Es waren 56 Delegierten anwesend. Als Referentin kam die Genossin Doktor Köstling (Frankfurt a. M.) gewonnen werden, die in einem Vortrag, der sich ganz besonders durch seine Gemeinverständlichkeit auszeichnete, über das Thema „Die Frau in Wirtschaft und Staat“ sprach. Bei der Schilderung der Notwendigkeit politischer Betätigung der Frau wurde mit besonderer Deutlichkeit darauf verwiesen, daß der Einfluß der Frau in den Parlamenten seit 1919 erheblich abgenommen hat. Während sich in der Nationalversammlung unter 423 Abgeordneten 41 Frauen, davon 21 Angehörige der SPD., befanden, ist diese Zahl im neuen Reichstag trotz der Zunahme der zu verteilenden Mandate auf 490 bis auf 32 (6,5%) zurückgegangen. An dieses wenig erfreuliche Ergebnis anknüpfend, wurden die zahlreichen Probleme erörtert, zu deren Lösung die Eringung eines Anteiles an der politischen Macht erforderlich ist.

Ganz besondere Sorgfalt verwandte die Genossin Köstling darauf, den Versammelten die Zusammenhänge wirtschaftlicher Fragen mit dem Schicksal der Familie im allgemeinen und der Frau im besonderen aufzuzeigen. Als Beispiel wurde die Wirkung der Jolle auf den Haushalt angeführt, und es wies die Delegierten von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Kenntnisse zu überzeugen. Mit einem Überblick über das wichtige Gebiet der Sozialpolitik, insbesondere der Frauenfragen, der Frauenlohn- und arbeitslosenprobleme sowie des Problems der sogenannten Doppelverdiener schloß die Vortragende, indem sie noch einmal auf die wesentlichen Voraussetzungen einer erzieherischen Arbeit auf diesem Gebiet hinwies - Stärkung von Gewerkschaft und Partei.

Während der Genossin Köstling die Erörterung der all-gemeinen theoretischen Fragen oblag, griff die Kollegin Käthe Schmitz mitten in das Gebiet der Praxis hinein. Was hast du, was hast ihr heute, morgen, in Zukunft zu tun, damit wir den von der Vorstanderin vorgezeichneten Weg bis zum Ziel beschreiten können? Die kleinen, einseitigen, nebenhändigen, aber doch so ungenau wichtigen Fragen der Werbearbeit, der Kleinarbeit, gelangten zur Besprechung. Hart ist hier im Kleingebirge der Arbeiter von unseren Vertrauensleuten in der Frauenagitation zu be-arbeiten. Es sind jedoch schon ansehnliche Erfolge zu verzeichnen, die neue, berechtigte Hoffnung erwecken lassen. Wie notwendig eine weitere recht stetige Tätigkeit ist, um in dem zum Teil mit Recht als rückständig verschrieenen Schlesien vorwärtszukommen, zeigte die Ansprache. Es muß vorwärts gehen, wenn wir wollen, das war der Ausgang der Konferenz, die zu neuer Arbeit und neuem Mäßen Ausgangspunkt und Anregung sein sollte und auch zweifellos sein wird. h. p. Köln. Die Betriebsräte wahlen im Kölner Wirtschaftsgebiet. Wer sich in die Zeit der Vorbereitungen zu den Wahlen der Betriebsvertretungen zurückversetzt, wird feststellen können, in welcher Weise in der RPD-Prese versucht worden ist auf ein für ihre Partei günstiges Ergebnis hinzuwirken. In Wort und Schrift wurde versucht, die Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben am empfindlichsten treffen zu können. Unsere Zahlstelle hat in der Generalversammlung Anfang Februar d. J. klar herausgestellt, daß nicht das Parteibuch des einzelnen Kandidaten maßgebend ist für seine Qualifikation als Betriebsratsmitglied, sondern seine Kenntnisse auf arbeitsrechtlichem Gebiete, sein Wissen und Können und die Zugehörigkeit zu unserer Organisation. Unorganisierte sind nicht geeignet, die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wie überhaupt der Arbeiterschaft zu vertreten. Nunmehr liegt das Gesamtergebnis der Betriebsräte wahlen vor, und es ergibt sich, daß die Wahl ein Vertrauensbeweis für die freien Gewerkschaften und auch insbesondere für den Fabrikarbeiterverband geistigt hat. Bei der vorgenommenen Erhebung wurden 1383 Betriebe mit 112 608 beschäftigten Arbeitern erfaßt. Von den erfaßten Arbeitern waren organisiert:

können, in welcher Weise in der RPD-Prese versucht worden ist auf ein für ihre Partei günstiges Ergebnis hinzuwirken. In Wort und Schrift wurde versucht, die Arbeit der Gewerkschaften in den Betrieben am empfindlichsten treffen zu können. Unsere Zahlstelle hat in der Generalversammlung Anfang Februar d. J. klar herausgestellt, daß nicht das Parteibuch des einzelnen Kandidaten maßgebend ist für seine Qualifikation als Betriebsratsmitglied, sondern seine Kenntnisse auf arbeitsrechtlichem Gebiete, sein Wissen und Können und die Zugehörigkeit zu unserer Organisation. Unorganisierte sind nicht geeignet, die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wie überhaupt der Arbeiterschaft zu vertreten.

Nunmehr liegt das Gesamtergebnis der Betriebsräte wahlen vor, und es ergibt sich, daß die Wahl ein Vertrauensbeweis für die freien Gewerkschaften und auch insbesondere für den Fabrikarbeiterverband geistigt hat. Bei der vorgenommenen Erhebung wurden 1383 Betriebe mit 112 608 beschäftigten Arbeitern erfaßt. Von den erfaßten Arbeitern waren organisiert:

	frei	Christl.	Hirsch-Dunck.	Sonstige
1929	53 702	15 433	798	870
1928	47 658	15 398	1116	4086
Es erhielten Stimmen:				
	frei	Christl.	Hirsch-Dunck.	Sonstige
1929	47 976	15 830	780	3400
1928	45 782	18 615	637	879
Vertreter erhielten im Betriebsrat:				
	frei	Christl.	Hirsch-Dunck.	Sonstige
1929	2 249	451	56	34
1928	2 373	518	24	39
Arbeiterrat:				
	frei	Christl.	Hirsch-Dunck.	Sonstige
1929	1 984	409	34	18
1928	2 208	475	24	39
Davon erhielten Stimmen:				
	frei	Christl.	Hirsch-Dunck.	Sonstige
Fabrikarbeiterverband	7982	2120		
Die Mandate verteilen sich wie folgt:				
	frei	Christl.	Hirsch-Dunck.	Sonstige
Betriebsrat	399	81		
Arbeiterrat	348	56		

Es ist uns gelungen, da, wo man veruchte, Oppositionskräfte aufzustellen, mit den Kollegen eine Einigung herbeizuführen, so daß unsere Front gegenüber den Christen und den Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften eine einheitliche war. Erfreulicherweise war auch festzustellen, daß die Arbeiterschaft der Betriebe es grundsätzlich ablehnte, Unorganisierte aufzustellen.

Einen besonders guten Erfolg haben wir in den Betrieben des keramischen Bundes zu verzeichnen. Es gelang uns, in der Ziegelindustrie fast alle Mandate zu gewinnen. In der Glasindustrie haben die Christlichen ein Mandat verloren und in einem Betriebe überhaupt kein Mandat erhalten.

In der chemischen Großindustrie ist der Einfluß der Christlichen sehr gering. In der Kunstseidenindustrie erhielten wir 22 Mandate, die Christlichen 3 Mandate. In der Kölner Gummiindustrie hat der Christliche Fabrikarbeiterverband von 52 Mandaten keinen einzigen Sitz erhalten. Trotz dieses schlechten Ergebnisses für die christlichen Gewerkschaften und insbesondere für den christlichen Fabrikarbeiterverband verlor der Gauleiter Flohr in Nr. 2 der „Westmark“ einen großen Erfolg für sich zu buchen. Es wird in diesem Artikel wie in den früheren Jahren auf den großen Erfolg in der niedertheinischen Dachziegelindustrie (M. Gladbach) hingewiesen, wo angeblich sämtliche Mandate sich in den Händen der Christlichen befinden. Eine gewaltige Niederlage soll unser Verband erlitten haben, die ja nur im Kopse des Herrn Flohr vorhanden ist und in keiner Weise der Wahrheit entspricht. Die Dachziegelindustrie ist ein Gebiet, das sicher keinen Aktionsposten für Verbände darstellt. Es sind lauter kleine Betriebe, die teilweise nur im Sommer beschäftigt sind. Auch der Hinweis auf die Zuckerindustrie ist kein Vergleich mit den Industrien, die als führende in Wirtschaftsleben in Deutschland in Betracht kommen. In den Hauptindustrien, sowohl in der chemischen wie in der Gummiindustrie und auch in der Glas-, Porzellan- und feuerfesten Industrie, ist der christliche Fabrikarbeiterverband kaum noch vertreten.

Zum Schluß möchten wir Herrn Flohr noch das Gesamtergebnis der Mandate im Kölner Wirtschaftsgebiet vor Augen halten. Die freien Gewerkschaften erhielten 2249 Mandate, die Christlichen Gewerkschaften 451 Mandate. Gegenüber dem Jahre 1928 haben die christlichen Gewerkschaften in Köln 2785 Stimmen verloren. Das sind Wahrscheit, und sicher zeigen diese Zahlen, daß die christlichen Gewerkschaften und auch besonders der christliche Fabrikarbeiterverband keine Fortschritte erzielt haben. P. Hertwig.

### Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das zweite Quartal haben eingesandt: Gau 6: Gleiwitz. Gau 11: Altrach, Ulm. Gau 12: Rockenhäusen. Gau 16: Hhaus.

### Für den Bezirk Mecklenburg.

mit dem Sitz in Rostock, suchen wir einen

### Bezirksleiter.

Bewerber müssen in ihrem Bewerbungsschreiben folgende Fragen behandeln:

- Wie sind Lohnbewegungen zu führen?
  - Wie ist die Agitation zu leisten?
  - Wie sind Revisionen in den Zahlstellen vorzunehmen?
  - Welche Rechte hat die Arbeiterschaft nach dem Betriebsratsgesetz?
- Die Bezahlung erfolgt nach den Beschlüssen des Verbandstages und des Beirates. Die Einreichung in die Städte- und Bezirksklassen erfolgt nach Vereinbarung mit dem Vorstand. Bewerbungen mit Schilderung des Lebenslaufes und Angaben über die bisherige Tätigkeit sind bis zum 24. August zu senden an: August Brey (Hannover), Nikolaisstraße 7. [9.-Mk.]

### Literarisches.

„25 Jahre Leipziger Volkshaus.“ Aus Anlaß des fünfzig-jährigen Bestehens des Leipziger Volkshauses hat die Volkshaus-G. m. b. H. Leipzig eine Jubiläumsschrift herausgegeben, die in vornehmerm Einband und auf adaltem Papier in Schrift und Bild eine Darstellung der Geschichte des Leipziger Volkshauses enthält. Das Leipziger Volkshaus ist ja nicht nur in Deutschland, sondern auch über die Reichsgrenzen hinaus als eines der schönsten Gewerkschaftshäuser bekannt. Daber ist es doppelt interessant, die Geschichte dieses Arbeiterheims von seiner Entstehung an zu verfolgen und zu sehen, unter welcher unglücklichen Mähen und mit welchen Opfern die Leipziger organisierte Arbeiterschaft ihr Ziel verfolgte, sich ein Heim zu schaffen, das so repräsentativ wie wohllich und zweckentsprechend eingerichtet ist. Besonderes Interesse erregen die Bilder aus der trüben Zeit des Kapp-Putsches, als das Volkshaus ein Raub der Flammen wurde, nachdem es von den Kappsoldaten in „heldenmütigen Kämpfen erkämpft“ worden war. Aber es erhob sich nur desto schöner aus den Flammen der Gegenrevolution, ein Beweis für die hohe Unerlöschlichkeit der Leipziger Arbeiterschaft, deren feste Organisation die Wiederkehr ähnlicher Lagen für ihr Heim verhinderte.

## Chemische Industrie

Aus dem Bericht der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie über das Jahr 1928.

Als wichtigstes Merkmal des Berichts muß festgehalten werden, daß auch im Jahre 1928 die Zahl der gemeldeten Unfälle, die der Entschädigten und die der Todesfälle erheblich gestiegen ist. Die Steigerung bezieht sich nicht nur auf die absolute Zahl, sondern ist auch in bezug auf die Zahl der Gesamtbeschäftigten nicht unbedeutend. Als Grund für das fortgesetzte Steigen der gemeldeten Unfälle wird entschuldigend gesagt, daß heute viel peinlicher als früher jede kleine Verletzung angemeldet wird. Bei den entschädigten Unfällen soll die Zunahme in einem gewissen Grade dadurch bedingt sein, daß im Vorjahre durch umfangreiche Erhebungen Verzögerungen in der Erledigung eingetreten sind. Die endgültige Erledigung dieser Fälle erfolgte im Berichtsjahre, wodurch die Zahl der entschädigten Unfälle für 1928 zu hoch erscheint.

Dieser Argumentation können wir nicht zustimmen. Die Berufsgenossenschaft hat im Vorjahre versucht, die Steigerung der Unfälle mit den gleichen Mitteln wie in diesem Jahre zu erklären, bezog sich aber auch darauf, daß ein Vergleich von 1927 mit den Vorjahren ein falsches Bild geben würde; man müsse 1927 mit 1913 vergleichen, dann stelle sich heraus, daß die Häufung der Unfälle nur scheinbar ist, weil die Unfallverletzten in den Jahren 1924/25 infolge der damals gewährten niedrigen Renten auf ihren Rentenanspruch zum Teil verzichtet haben. War das ein Versuch, die Steigerung der Unfälle in der chemischen Industrie zu bemänteln, so ergibt sich aus dem diesjährigen Bericht, daß die offenkundige Steigerung der Unfälle in der chemischen Industrie angehalten hat und nicht durch Lebensarten aus der Welt geschafft werden kann.

Im Berichtsjahre hat sich die Zahl der Betriebe von 14 377 auf 14 434 vermehrt. Die Zahl der versicherten Vollarbeiter stieg von 377 992 auf 398 107 oder um 5,32 Prozent. Im Vorjahre wurden 33 350 Unfälle gemeldet. Die Neuanmeldungen betragen 39 371, so daß eine Steigerung von 18,05 Prozent zu verzeichnen ist gegenüber einer Zunahme der Versicherten um 5,32 Prozent.

Erstmals entschädigt wurden im Jahre 1928 2433 Unfälle gegen 1946 des Vorjahres; darunter fallen 199 Todesfälle, deren Zahl im Jahre 1927 165 betrug. Die neu entschädigten Unfälle einschließlich Todesfälle sind gegenüber 1927 um 25,02 Prozent gestiegen.

Berufserkrankungen wurden 527 angezeigt, wovon 57 Fälle zur Entschädigung kamen. Die Berufserkrankungen spielen also eine nur untergeordnete Rolle.

Auf 1000 vollbeschäftigte Versicherte entfallen in den Jahren 1928 (1927):

98,89	(88,23) gemeldete Unfälle
6,11	(5,15) entschädigte Unfälle
0,50	(0,44) Todesfälle.

An dieser Steigerung können wir nicht achlos vorübergehen. Sie beweist, daß auch in der chemischen Industrie die Gefahren von Jahr zu Jahr größer werden und daß die Arbeiter das Risiko der Gefahrenerhöhung reiflos zu tragen haben.

Die Unfallursachen und die Schuldfrage behandelt der Bericht in einem besonderen Abschnitt. Es wurden bei den Untersuchungen in den Betrieben folgende Momente beobachtet: 1. mangelhafte Betriebseinrichtungen; 2. ungenügende Anweisung; 3. Fehlen von Schutzvorrichtungen; 4. Nichtbenutzung oder Beseitigung von Schutzvorrichtungen; 5. Handeln wider bestehende Vorschriften; 6. Leichtsinns; 7. ungeeignete Kleidung; 8. Schuld der Mitarbeiter; 9. Unachtsamkeit, Unge-schicklichkeit.

Bei der Beurteilung der Schuldfrage ist der Bericht in diesem Jahre erfreulicherweise vorsichtiger. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß Alkoholmißbrauch als Unfallursache nicht hervorgetreten ist. Bei Transportarbeiten trat oft eine Ungeübtheit der Arbeiter in Verbindung mit unbedachter Handlungsweise in Erscheinung. Soweit Unfälle auf ein Verschulden der Arbeitgeber zurückzuführen waren, sind die Verantwortlichen wegen Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften in Strafe genommen worden. Soweit die Verletzungen durch ihr Verhalten zu der Entstehung von Unfällen beigetragen haben, fehlte meistens das Bewußtsein der Verletzung einer Schutzvorschrift. Die Gewöhnung an gewisse Gefahren und die damit verbundene Abstumpfung sind in der menschlichen Psyche begründet.

Besondere Beachtung wurde den neuen Einrichtungen für Flieharbeit gewidmet. Im Bericht heißt es darüber, daß in allen Fällen die Einrichtungen so sinnvoll und praktisch getroffen waren, daß von einer erhöhten Unfallgefahr durch die Flieharbeit keine Rede sein kann. Im Widerspruch dazu heißt es aber unter „Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und gewerblichen Berufserkrankungen“, daß sich in der Durchführung der Vorschriften gegen früher nichts geändert hat; die Zahl der Bemängelungen ist nicht geringer geworden, was auf die teilweise erheblichen Veränderungen und Umstellungen der Betriebseinrichtungen zur Verbilligung der Erzeugung in den Betrieben zurückzuführen ist.

Damit ist von berufsgenossenschaftlicher Seite die Tatsache zugegeben, daß die Rationalisierung der Betriebe die Gefahren nicht herabgemindert hat, wie es beispielsweise Doktor Bramesfeld entgegen unserer Auffassung für die Akkordarbeiter der rationalisierten Betriebe behauptet.

Die Aufzählung aller im Bericht als bemerkenswert angeführten Unfälle würde zu weit führen, aber einige tödliche Unfälle verdienen doch hervorgehoben zu werden. So wurde ein Arbeiter von einer Welle zu Tode geschleudert, als er auf einer Leiter stieg und die Leine seines Rettungsgürtels an einer Rohrleitung befestigen wollte. Er warf die Leine zu hoch, so daß sie statt über die Rohrleitung, über die darüberlaufende Welle gelangte. Die Leine wurde von der Welle aufgewickelt und zog den Arbeiter zu sich empor. Daß Hilfe in diesem Falle nicht zur Stelle war, ist für die Betriebs-einrichtung kennzeichnend.

Eine Arbeiterin überstieg eine 0,8 Meter über dem Boden laufende Welle. Dabei wurde ihr Kleid von der Welle erfaßt und die Arbeiterin trug einen tödlichen Schädelbruch davon. Warum war die Welle nicht umkleidet?

In einem Vulkanisierbetrieb lösten sich beim Aufpumpen die Spannringe eines Riesenluftreifens und flogen dem dort tätigen Lehrling ins Gesicht. Die Verletzungen waren so stark, daß der Lehrling noch am gleichen Tage starb.

Der Deckel eines Kochers, in dem Nitrozellulose mit überhitztem Wasser behandelt wurde, flog ab. Er durchschlug das Fabrikdach und wurde auf den Hof geschleudert. Zwei Arbeiter erlitten durch Umherspritzen des Wassers tödliche Verbrennungen.

In einer Seifenfabrik löste sich der Ablassstutzen eines Dampffasses, wobei ein Arbeiter eine tödliche Verbrühung erlitt. Es wurde festgestellt, daß der Rohrstutzen nicht ord-

## Kapitalistisches „Privat“-Eigentum.

Die Stunde naht, wo niemand im Lande von der Aufrechterhaltung des Privateigentums wird sprechen können, ohne sich lächerlich zu machen und ohne sich selbst das Kennzeichen eines ganz untergeordneten Geistes anzuhängen. Was heutzutage unter der Bezeichnung Privateigentum herrscht, ist ein Klasseneigentum; nicht an der Aufrechterhaltung, sondern an der Abschaffung dieses Klasseneigentums müssen mit unaufhörlicher Anstrengung alle diejenigen arbeiten, die den Fortschritt der Demokratie in ökonomischer und politischer Hinsicht wollen.

Jean Jaurès („Theorie und Praxis“).

nungsmäßig im Kesselboden befestigt war. Bei der Prüfung des Gefäßes war das übersehen worden.

An einem großen offenen Bottich, in welchem Fällungen vorgenommen wurden, stand der bedienende Arbeiter in gebückter Stellung am Ventil. Der Inhalt des Bottichs stand mit einem Drucksaß in Verbindung. Am Drucksaß war der Saß des Ablaufrohres zur Filterpresse verstopft und sollte durch Druckluft geöffnet werden. Dadurch wurde vom Drucksaß aus der Inhalt des Bottichs in Wallung gebracht, schäumte über und verletzte den Arbeiter tödlich.

Im Bericht wird geklagt, daß namentlich in neuerrichteten Lack- und Schuhcremefabriken den Gefahren des Benzins und ähnlicher Stoffe zu wenig Rechnung getragen wird, wodurch eine ganze Reihe von Unfällen durch Entzündung von Dämpfen an Feuerungen und durch elektrische Funken zu verzeichnen waren.

In dem Streichraum einer Gummifabrik, der mit fünf Ausgängen ausgestattet war, befanden sich zwei von den drei vorhandenen Streichmaschinen in Betrieb. Plötzlich brach aus ungeklärter Ursache ein Brand aus. Eine Arbeiterin wurde so schwer verbrannt, daß sie starb.

In einem anderen Fall hatte sich in einem Salzsäurelagergefäß Knallgas gesammelt, das explodierte, wobei drei Arbeiter getötet und neun verletzt wurden.

Ein ganz eigenartiger Unfall, der die Gefahren der chemischen Industrie deutlich aufzeigt, ereignete sich bei Instandsetzungsarbeiten in einem Benzolbehälter. Ein Feuerwehrmann hatte die Arbeiten zu beaufsichtigen. Er war mit einem vorher geprüften, vollständig in Ordnung befindlichen Sauerstoffapparat ausgerüstet. Nach einstündigem Aufenthalt im Benzolbehälter besiel ihn eine Übelkeit, nach welcher sich später die typischen Merkmale einer Benzolvergiftung zeigten. Die Vergiftung kann nur durch das Eindringen der Giftgase durch die Haut entstanden sein.

Tödliche Unfälle erfolgten auch wiederholt bei Arbeiten an Säurelagerkesseln usw., die längere Zeit mit Wasser durchspült waren. Die Reinigung und Entlüftung solcher Kessel kann gar nicht vorsichtig genug durchgeführt werden; alljährlich erfolgen immer wieder tödliche Unfälle bei der Arbeit an solchen Kesseln. Auch die verschiedensten Lösungsmittel fordern immer neue Opfer. So wird berichtet, daß ein Laborant kerbeschnitzte Kleidungsstücke mit Äthylenchlorhydrin zu reinigen hatte. Er trat bei ihm Erbrechen und nach zwölf Stunden der Tod ein. Solche, der chemischen Industrie eigenartige Gefahren sind in hundert Reihenfolge zum Schaden der Arbeiter wirksam geworden. Aus alledem geht hervor, daß die Unfälle in der gefährlichen chemischen Industrie fortgesetzt steigen und daß weit schärfere Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und eine viel intensiveren Beaufsichtigung der Betriebe durchgeführt werden muß, um Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen.

G. Haupt.

## Eine Sauerstofffabrik in die Luft geflogen.

Von einer furchtbaren Explosionskatastrophe wurden die Vereinigten Sauerstoffwerke Vorsigwalde betroffen. In dem Betrieb, der der Gesellschaft für Kindses Gasmotoren gehört, wird Sauerstoff in großem Maßstabe erzeugt. Die Firma betreibt außerdem in unmittelbarer Nähe einen Zweigbetrieb, in dem Ägypten hergestelltes wird. Am 24. Juli, mittags gegen 12 1/2 Uhr, als das Werk in vollem Betrieb war, erfolgte plötzlich eine heftige Explosion, worauf eine über 100 Meter lange Stichtlamme aus dem Gebäude hervorströmte und im Ru den gesamten Betriebskomplex in Brand setzte. Der ersten Explosion folgten in kurzen Zeiträumen mehrere weitere Explosionen, die von gewaltigen Detonationen, die bis weit ins Stadlinnere vernehmbar waren, begleitet wurden. Aus dem brennenden Betriebe flogen fortgesetzt explodierende Sauerstoffflaschen in die Luft. Viele schwere Metallstücke wurden mehrere hundert Meter weit fortgeschleudert. Die Arbeiterschaft verließ in wilder Flucht den Betrieb, ebenso verließen die umliegenden Anwohner ihre Häuser. Die Arbeiter mehrerer Nachbarbetriebe eilten gleichfalls ins Freie.

Die Feuerwehr, die in kurzer Zeit eingriff, konnte zunächst des Feuers nicht Herr werden, weil die Brandstätte durch einen großen massiven Lagerstuppen, in dem sich Tausende gefüllte Sauerstoffflaschen befanden, zu einem gefährlichen Explosionsherd wurde. Die Feuerwehr konnte zunächst nur die bedrohten Nachbargebäude schützen. Der Brand griff von dem zusammenstürzenden Lagerstuppen auf die Bureau- und Wohngebäude über, die vollkommen ausbrannten. Der zweistöckige, 25 Meter lange Hauptbau stürzte krachend zusammen. Von dem ganzen Betrieb ist nicht viel übriggeblieben; die Brandstätte stellt sich als eine trostlose Verwüstungssätte dar. Die angrenzenden Straßen sind von Holz-, Eisen- und Mauerresten förmlich überfüllt. Von dem Lagerstuppen sind nur die Grundmauern übriggeblieben. Im übrigen ist der Betrieb wie von der Erde weggerafft. Überall stößt man auf explodierte und fortgeschleuderte Sauerstoffflaschen, die die seltsamsten Formen angenommen haben, ein Zeichen von der ungeheuren Wucht der explodierenden Gase.

Über die eigentlichen Ursachen dieser verheerenden Katastrophe steht zur Zeit noch nichts fest. Die Aussagen von Augenzeugen sowie bestimmte Mutmaßungen widersprechen sich stark. Da die Arbeiter und Arbeiterinnen in panischer Flucht ihre Arbeitsstätte verließen, ist erklärlich, daß sie nicht viele Angaben machen können. Augenzeugen berichten, daß eine junge Arbeiterin eine Stahlflasche mit Sauerstoff vom Lagerort fortziehen wollte, als plötzlich eine gewaltige Explosion erfolgte und der Stahlmantel zerriss, wodurch die anderen in der Nähe lagernden Flaschen ebenfalls zur Explosion gelangten. Die Arbeiterin wurde lebensgefährlich verletzt, jedoch von ihren flüchtenden Arbeitsgenossen mitgenommen. Andere Meldungen sagen jedoch, daß die Katastrophe vielleicht an den mit Kalzium gefüllten Trockenröhren durch Verunreinigung entstanden sein kann. Doch gibt es auch noch andere Mutmaßungen über die Ursache der Katastrophe.

Leider wurde eine ganze Anzahl von Arbeitern sowie auch an den Löscharbeiten beteiligten Feuerwehrleuten zum Teil sehr schwer, zum Teil leichter verletzt. Es ist geradezu ein Wunder, daß kein Arbeiter und keine Arbeiterin bei der Katastrophe ums Leben gekommen ist.

Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß die Frage der Gefährlichkeit der Sauerstoffbetriebe unlängst noch Gegenstand einer Aussprache in einer Wirtschaftskörperschaft war. Dort ist von den Arbeitgebern mit aller Entschiedenheit bestritten worden, daß Sauerstoffbetriebe eine erhöhte Gefahrenquelle für die Arbeiterschaft sowie auch für die umliegenden Anwohner sein können. Uns sind viele Fälle von Sauerstoffexplosionen in der chemischen Industrie bekannt; es wurde von uns auch oft auf diese Fälle hingewiesen. Wir haben damals nicht gedacht, daß die Richtigkeit unserer Behauptungen sobald in solch gräßlicher Weise bestätigt werden würde. Wenn auch größere Sauerstoffexplosionskatastrophen wie in diesem Umfange nicht zu verzeichnen sind, so bildet doch die Herstellung und die Lagerung von verflüssigten und komprimierten Gasen auf jeden Fall eine Gefahrenquelle, die unbedingt schärfer beobachtet werden muß.

Die Gasbehälter sind Stahlflaschen, die bis zu 150 Atmosphären gepreßt werden, und die alle fünf Jahre zur Kontrolle auf 225 Atmosphären Druck geprüft werden. Das ist eine sehr lange Zeit, während der sich durch Verunreinigung oder Materialfehler Schäden bilden können, die von außen her nicht kontrollierbar sind. Eine Durchleuchtung der Stahlflaschen, durch die allein Materialfehler nachgewiesen werden könnten, findet zur Zeit nicht statt. Eine gesetzliche Revision wird alle zwei Jahre vorgenommen, aber sie bietet nicht die Garantie für absolute Betriebssicherheit. Hoffentlich führt diese Katastrophe, so bedauerlich sie an uns und für sich ist, dazu, daß von seiten der gesetzgebenden Stelle die Gefährlichkeit dieser Betriebe erkannt wird und sie dementsprechend gesetzlich schärfer erfaßt werden.

R. S.

## Der Schwedentrust in Belgien auf dem Vormarsch.

Die Ausdehnungsbestrebungen des Schwedentrustes sind bekannt. Gestützt auf ein riesiges Betriebskapital findet dieser Zündholztrast nach und nach in fast allen Ländern der Erde Eingang. So kommt aus Belgien in den letzten Tagen die Mitteilung, daß unter der Mithilfe des Schwedentrustes ein neues Unternehmen, die „Union Allumettiers“, gegründet wurde, die 5 Zündholzfabriken mit einem Kapital von 120 Millionen Franken umfaßt. Durch die Befestigung an der alten Gesellschaft „Union Allumettiers“ kontrolliert der Schwedentrust fast 7/8 des Aktienkapitals. Wie mitgeteilt wird, übernimmt die dem Schwedentrust nahestehende Fabrique Belge d'Allumettes nachweislich die Fabriken des neuen Konzerns. Dadurch wird die Herrschaft des Schwedentrustes in Belgien noch mehr gefestigt, weil die finanzielle sowie auch die technische Konzentrationsbewegung in der belgischen Zündholzindustrie vollkommen unter den Einfluß des Schwedentrustes gestellt wird.

R. Segerez.

# Papier-Industrie

## Akkordarbeit ist Mordarbeit.

Erhebliche Teile der deutschen Papierarbeiterschaft vertreten die Auffassung, daß Akkordarbeit einer Mordarbeit gleichkomme. Diese Auffassung in Papierarbeiterkreisen besteht übrigens nicht erst seit jenem Zeitpunkt, als die deutsche Papierarbeiterschaft zum Klassenbewußtsein erwachte und sich ihrer Gewerkschaftsorganisation zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen angeschlossen, sondern diese Auffassung scheint auch zur Zeit der Handpapiermacherei selbst von den Arbeitgebern vertreten worden zu sein. Darüber berichtet Generaldirektor Karl Strobach in seinem Artikel: „Die Pflichten der Betriebsbeamten und ihrer Hilfsorgane“ im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ Nr. 23 A, 1929, aus dem Jahre 1873 folgendes:

„In einem späteren Artikel über die „Arbeiten und Pflichten des Papierfaktors“ heißt es auch noch, daß das Zählen, Falzen und die übrige Ausrichtung der Papiere im Akkordlohn zu bezahlen, nicht empfehlenswert ist, das Packen der Papiere dagegen im Akkord zu geschweigen hat, jedoch nicht bei Schreib- und Postpapieren usw.“

Wir sehen also, daß vor kaum einem Menschenalter auch die deutschen Papiererzeugungs-Industriellen ausgesprochene Gegner der Akkordarbeit waren.

Nun braucht Akkord- und Prämienarbeit nicht unbedingt zur Mordarbeit auszuarten, wenn die Akkordsätze, besonders nach der heutigen tariflichen Regelung, so hoch gesetzt sind, daß die Akkordarbeiter ohne übermäßige Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und bei der Möglichkeit einer gewissenhaften sauberen Arbeitsleistung, die ihnen zusehenden Akkordverdienste erreichen können. Zur Mordarbeit muß aber das Akkord- und Prämienystem, besonders bei jenen Arbeitgebern werden, die die Auffassung vertreten, daß dann, wenn durch Akkord- und Prämienystem die Höchstleistung der Produktion erreicht ist, der Zeitpunkt gekommen sei, nun die Akkord- und Prämienhöhe zu kürzen. Auf der gleichen Stufe stehen auch jene Arbeitgeber, die sich weigern, bei den jeweiligen Erhöhungen der Tarifstundentlöhne durch den Bezirkslohnvertrag eine entsprechende Erhöhung der Akkordsätze eintreten zu lassen.

Die Veranlassung zu derartigen Akkord- und Prämienlohnabzügen ist nur selten die Unrentabilität der Werke; in den allermeisten Fällen sind es die örtlichen Arbeitgeberverbände, die zu solchen Lohnkürzungsmaßnahmen schreiten. Mit aller Deutlichkeit hat dies Herr Direktor Dr. Hücker aus der Zellulosefabrik Wildhausen bei den diesjährigen Lohnverhandlungen für die Gruppe Westfalen dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er erklärte: „Die Frage lautet: Hier Zentralarbeiterverband, hier örtlicher Arbeitgeberverband!“ Damit hat Herr Dr. Hücker den Beweis erbracht, daß in erster Linie die örtlichen Arbeitgeberverbände auf die Abschaffung der angeblich hohen Akkord- und Prämienverdienste in der Papiererzeugungsindustrie drängen, und darüber hinaus daran, daß die Löhne der Papierarbeiter in den einzelnen Betrieben auf keinen Fall das örtliche Lohnniveau überschreiten dürfen. Diese örtliche Arbeitgeberverbände-Auffassung scheint übrigens auch für die Zellulosefabrik Wildhausen maßgebend gewesen zu sein, als vor längerer Zeit die Fabrikationsprämien einfach beseitigt wurden, nachdem mit Hilfe der Fabrikationsprämien die Produktion bis zur Spitzenleistung gesteigert werden konnte. Damit ist aber bewiesen, daß auch Prämienarbeit durch solche Maßnahmen zur Mordarbeit ausarten kann. Bedauerlicherweise ziehen die Arbeiter selten aus derartigen Abzugsmaßnahmen der Arbeitgeber ihre Konsequenzen und verzichten logischerweise für Tarifstundentlohn auch nur Lohnarbeit statt nach wie vor Prämienarbeit. Daß sie dazu berechtigt sind, nach Abzug der Prämien — und dies gilt folgerichtig auch für Akkordarbeit — nicht mehr die alte Arbeitsleistung zu vollbringen, sondern ihre Arbeitsleistung auf die Lohnarbeit einzustellen, das mußte seinerzeit auf eine Anfrage auch der Syndikus eines Bezirksarbeiterverbandes der deutschen Papiererzeugungsindustrie bekräftigen.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens auch auf die sonderbare Auffassung der Arbeitgeber im Lohnbezirk Westfalen hingewiesen, die der Syndikus Dr. Berger — wahrscheinlich im Auftrag seiner Arbeitgeber — bei den diesjährigen Bezirkslohnverhandlungen zum Ausdruck brachte:

„Die Arbeiterschaft hat an den Steigerungen der Lebenshaltungskosten ihren Anteil zu tragen und ist infolgedessen nicht berechtigt, einen Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu verlangen. Die Arbeitgeber haben auf dem Standpunkte, daß es sich um ein Auf- und Abgleiten der Preise handelt.“

Mag diese Auffassung auch volkswirtschaftlich unlogisch sein, so wurde damit doch wenigstens einmal zugegeben, daß den Lohnsteigerungen die Preissteigerungen vorangingen. Bisher wurde von den Unternehmern immer wieder behauptet, daß die Lohnsteigerungen die Ursache der Preissteigerungen seien. In das gleiche Kapitel gehört auch die Behauptung des Syndikus für Baden, Herrn Rechtsanwalt Fehrenbach, der bei den diesjährigen Tarifverhandlungen die Behauptung aufstellte, daß die Gewinne des in Europa einzig dastehenden Waldhofkonzerns nicht im Mutterbetrieb in Waldhof, sondern in den österreichischen Betrieben Tisitz und Ragnitz erzielt würden, da Mannheim-Waldhof Zulieferbetrieb sei. Eine solche Behauptung braucht man zwar auch in Mannheim selbst nicht ernst zu nehmen; immerhin werden sich unsere Kollegen in Österreich diese Feststellung zu den bevorstehenden Bezirkslohnverhandlungen merken.

Nach dieser kurzen Abweichung sei auf eine Beurteilung des Landesarbeitsgerichts Leipzig über die Akkordarbeit in der Papiererzeugungsindustrie hingewiesen. Einige Arbeiterinnen der Schörlitzer Papierfabrik in Golzern verklagten ihre Firma auf Bezahlung des Akkordmindestverdienstes von 27 Prozent auf den Tarifstundentlohn, da sie durch mangelhafte Anfertigung des Papiers ihren Akkordmindestverdienst nicht erreichen konnten. Das Landesarbeitsgericht Leipzig wies

zwar die Klage ab, so daß das Reichsarbeitsgericht die letzte Entscheidung zu treffen haben wird. Trotzdem ist die Charakterisierung des Akkordsystems in der Papiererzeugungsindustrie durch das Landesarbeitsgericht Leipzig bemerkenswert, wo es in den Entscheidungsgründen u. a. heißt:

„Sie (die Klägerinnen) wollen aber nicht einsehen, daß sie auch dann sich mit einem den Zeitlohn nur wenig oder gar nicht übersteigenden Akkordverdienst begnügen sollen, wenn sie unter Anspannung aller Kräfte gearbeitet haben und den Akkordfuß von 120 Prozent des Stundenlohnes nur deshalb nicht erreicht haben, weil in dem zu sortierenden Papier viel Ausschuß war. Dieser Standpunkt der Klägerinnen ist zu verstehen. Sie empfinden die Regelung der Bezahlung ihrer Akkordarbeit als ungerecht, weil das Ergebnis ihres Fleißes von Umständen abhängt, die völlig ihrem Einflusse entrückt sind. Ihnen wird das zu sortierende Papier in fertig beschneittenen Bogen stößweise vorgelegt. Infolge jahrelanger, zum Teil jahrzehntelanger Tätigkeit haben sie eine sehr große Fertigkeit darin erlangt, bei der Durchsicht der Bogen, von denen sie jeden einzelnen betrachten müssen, jeden kleinen Fehler rasch zu erkennen und den fehlerhaften Bogen auszufordern. Die Arbeit ist für die Arbeiterinnen überaus mühsam, gutes Ausfortieren schätzt sie vor Mängelträgen der Abnehmer und den daraus sich ergebenden Verlusten. Deshalb könnte man auf den Gedanken kommen, daß die Arbeitgeberin Unbill hätte, sorgfältiges Arbeiten dadurch zu belohnen, daß die Sorgfalt nach der Menge der gefundenen Fehler bemessen würde. Es gibt Industrien, wo das geschieht und für das Finden von Fehlern Prämien gezahlt werden. Es wäre auch denkbar, daß dem Akkordpreise die Gesamtmenge des sortierten Papiers zugrunde gelegt würde und daneben noch Fehlerentbedungs-, also Aufmerksamkeitsprämien gewährt würden. Bei der Beklagten und — wie die Parteien erklären — in der Papierfabrikation überall, ist das Gegenteil eingeführt: Bezahlt wird nach der Menge des als gut befundenen Papiers. Die Beklagte versichert,

## Und einmal doch wird eine Stunde kommen,

Und es wird sein, wie's immer war,  
Als ob in Tränen alles fortgeschwommen ...  
Die Tage werden staunend sich erhehlen,  
Die Nächte unbelkommene Träume sein. —  
Es wird nicht mehr von Haß und Heulen gellen,  
Nach langem Weinen ist die Erde rein,  
Die blutgetränkte, die einst glücklich war ...  
Julius Zerjakh.

dieses Akkordsystem habe sich in langjähriger Anwendung überall bewährt. Das scheint aber nur bei der Betrachtung des Systems vom Standpunkte des Arbeitgebers so zu sein. Denn das, was die Berufungsbeurteilung gegen das System als solches einwendet, erhebt sich recht einleuchtend. Sie weist mit Recht darauf hin, daß das System geradezu ein Ansporn zu flüchtiger und flüchtiger Sortieren sein könnte. Denn je genauer die Sortiererinnen darauf achten, daß ihnen keine Fehler entgehen, um so größer ist die Gefahr, daß ihr Akkordverdienst sinkt. Sie müssen obendrein die als „Ausschuß“ ausfortierten Bogen nach dem Bodentraume transportieren, von wo aus der Ausschuß wieder in die Holländer wandert. Diese Zeit wird der Sortierarbeit entzogen. Es mag sein, daß bei der Bemessung der Akkordsätze darauf Rücksicht genommen ist. Jedenfalls nützt es den Klägerinnen, wenn weniger Ausschuß auf den Boden zu karren ist. Schließlich ist auch glaubhaft, daß daselbe Quantum rascher sortiert ist, wenn wenig Ausschuß vorhanden ist, da es für die Arbeiterin bequemer ist, die Bogen nach rechts zu legen. Auch das könnte sie anspornen, weniger Ausschuß zu entdecken.“

In einer anderen Stelle sagt die Urteilsbegründung: „Die Gefahr der Erziehung zur Lieberlichkeit besteht aber in jedem Fall. Der Umstand, daß man im Allgemeinen mit dem System zufrieden war, kann deshalb die Schlussfolgerung eher rechtfertigen, daß den Sortiererinnen, die unter solch eigentümlichen Akkordsystemen arbeiten, ein verhältnismäßig hoher Grad von Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit innewohnt, die sich auch durch die Gefahr der Verdienstschränkung nicht von sorgfältigem Sortieren abhalten läßt.“

In den Entscheidungsgründen wird dann auf die Ursachen der Fehler hingewiesen, die bereits im Holländer, an der Papiermaschine und an anderen Hilfsmaschinen entstehen können, und dazu treffend ausgeführt: „Wenn die Sortiererinnen nur nach den Mengen des schließlich für gut befundenen Papiers bezahlt werden, fragen sie also das Risiko für Fehler anderer Arbeiter, welche die Herstellungsmaschine bedienen. Daß die Klägerinnen bei schuldhaftem Verhalten der Arbeitgeberin oder ihrer Vertreter, vielleicht auch solchen der Herstellungsmaschinen bedienenden Arbeiter, Anspruch auf Ersatz des ihnen erwachsenen Schadens haben, ist selbstverständlich, braucht aber im vorliegenden Falle nicht mehr erörtert zu werden. . . Im Ergebnisse nehmen jedenfalls die Klägerinnen an dem Ausschuß-Risiko in weitgehendem Maße teil.“

Schließlich ist es auch richtig, wenn die Berufungsbeurteilung betont, daß es das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, erzeugen kann oder vielleicht sogar muß, wenn eine Akkordarbeiterin, die unter Anspannung aller Kraft, unter schärfster Anspannung der Aufmerksamkeit ein großes Quantum Papier zum Ausgen der dadurch vor Reklamationen bewohrten Arbeitgeberin von einer außergewöhnlich großen Ausschußmenge gereinigt hat, trotz allen Fleißes weniger bekommt, weil sich in dem vorausgegangenem Arbeitsgange Fehler eingeschlichen hatten. Daß insofern in den Arbeiterinnen der Gedanke an die Ungerechtigkeit des Systems auch tatsächlich aufsteigt, ergibt sich daraus, daß die Jüngeren es dem Werkmeister . . . zum Lobe anrechnen, daß er sich bemüht, gerecht zu sein und dadurch Verluste der einzelnen Ausfortiererinnen auszugleichen, daß er denen, die einmal viel Ausschuß hatten, nach Möglichkeit Papier zuerteilt, von dem er annimmt, daß es weniger Ausschuß enthält.“

Diese Einwendungen der Klägerinnen gegen das System können aber nur zu der Erkenntnis führen, daß es mangelhaft ist, daß es vielleicht sogar zu Ungerechtigkeiten führen kann. Sie können aber nicht dazu führen, das System als unzulässig oder tarifwidrig hinzustellen.“

Wir können uns nach dieser treffenden Kennzeichnung des heutigen Akkordsystems im Papieraal der Papierfabriken durch das Landesarbeitsgericht Leipzig einer jeden weiteren Kritik enthalten und hoffen nur, daß durch diese Kritik auch die Arbeitgeber davon überzeugt werden, daß das heutige Ausbeutungssystem der Akkordarbeit, wenn auch nicht rechts- und tarifwidrig, so doch sittenwidrig ist.

Es bleibt nicht ein anderer Weg übrig, als die Akkordsysteme in der Papiererzeugungsindustrie mindestens für die Sortiererinnen auf eine andere gerechtere Grundlage zu

stellen. Darauf hinzuwirken, wird Aufgabe der Betriebsräte sein. Bei Beibehaltung des jetzigen Akkordsystems muß aber unter allen Umständen versucht werden, daß bei mangelhaften Papierpartien höhere Akkordlöhne vereinbart oder aber, daß derartige Papierforten im Tarifstundentlohn sortiert werden. Geschieht dies nicht, so darf man sich nicht wundern, wenn unter den Akkordarbeitern der Eindruck erweckt wird, daß Akkord-Mordarbeit ist.

Leider gibt es in der deutschen Papiererzeugungsindustrie heute immer noch Arbeitgeber, die ihre Aufgabe darin sehen, mit Hilfe der heutigen Akkordsysteme die Akkordverdienste auf ein Mindestmaß herabzusetzen, und die dann, wenn sie in diesen Bestrebungen durch die organisierte Arbeiterschaft und die Gewerkschaften, gestützt auf den § 13 des Gesamtarbeitsvertrages, gestört werden, den Standpunkt vertreten, daß sie dann an der deutschen Papierproduktion kein Interesse mehr hätten. Herr von Corswant, der Syndikus der pommerischen Papiererzeugungsindustrie, brachte diesen Standpunkt der sich sonst recht national gebärdenden Unternehmer bei den diesjährigen Bezirkslohnverhandlungen durch folgende Worte treffend zum Ausdruck: „Wenn das Kapital sich nicht verzinst, dann wandert es eben in das Ausland.“

## Combined Pulp and Paper Co. Ltd.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ vom 30. Juli 1929 zu berichten weiß, ist der Schöller-Konzern in die Hände der Combined Pulp and Paper Co. Ltd. in London übergegangen, die bereits Besitzerin des Konzerns Köslin-Alfeld-Gronau ist. Die mit der Familie Schöller auf der einen und wahrscheinlich mit dem Berliner Bankhaus Bruno Phipps als Vertreter der englischen Interessen geführten Verhandlungen sollen zum endgültigen Abschluß gelangt sein. Die englische Gesellschaft soll nach der „Frankfurter Zeitung“ die Aktienmehrheit des Schöllerkonzerns erworben haben, ohne daß bisher bekannt wurde, welchen Preis die Engländer für die Aktienpakete bezahlt haben. Die Finanzierung der Transaktion soll dadurch möglich geworden sein, daß die englische Gesellschaft bei der letzten Kapitalerhöhung auf 790 000 Pfund Sterling genügend Mittel freibekommen hat, um den Erwerb des Schöllerkonzerns zu bewerkstelligen. Weitere Kapitalerhöhungen seien nicht notwendig. Durch den Erwerb des Schöllerkonzerns hat sich die englische Gesellschaft die benötigte Zellstoffproduktion gesichert resp. erweitert. Die Gesamtproduktionsfähigkeit des neuen Konzerns an Papier und Zellstoff ist damit auf 150 000 Tonnen gestiegen.

Der neue Konzern umfaßt damit folgende Betriebe:

1. Papierfabrik Köslin, A.-G.,
2. Papierfabrik Alfeld der Hannoverschen Papierfabriken Alfeld-Gronau,
3. Zellstofffabrik Alfeld der Hannoverschen Papierfabriken Alfeld-Gronau,
4. Papierfabrik Gronau der Hannoverschen Papierfabriken Alfeld-Gronau,
5. Pergamentpapierfabrik Rube u. Ko., A.-G., in Weende bei Göttingen,
6. Schleifische Zellulose- und Papierfabrik, A.-G., Werk: Cunnertsdorf,
7. Schleifische Zellulose- und Papierfabrik, A.-G., Werk: Lomnitz,
8. Schleifische Zellulose- und Papierfabrik, A.-G., Werk: Jannowitz,
9. Schleifische Zellulose- und Papierfabrik, A.-G., Werk: Maltsch,
10. Ostdeutsche Papier- und Zellstoffwerke, A.-G., Werk: Wartha,
11. Ostdeutsche Papier- und Zellstoffwerke, A.-G., Werk: Mühlhildorf,
12. Ostdeutsche Papier- und Zellstoffwerke, A.-G., Werk: Weikende.

# Nahrungsmittel-Industrie

## Kommen wir in Deutschland ohne die Einfuhr von Obst und Gemüse aus?

Über diese Frage ist in interessierten Kreisen in letzter Zeit viel geredet und geschrieben worden. Gemüseanbauer, Obst-anbauer und Konervenfabrikanten fordern dauernd einen höheren Schutz Zoll, damit die einheimische Produktion vor der Auslandskonkurrenz geschützt wird. Es ist daher wohl die Frage berechtigt: Kann ein noch so hoher Schutz Zoll die Erzeugung von Obst und Gemüse in Deutschland so weit fördern, daß eine Einfuhr überhaupt nicht mehr nötig ist? Vergleichen wir die Einfuhr von frischem Gemüse aus dem Jahre 1913 mit der aus einigen späteren Jahren, dann stellen wir eine bedeutende Steigerung der Frischgemüse-einfuhr fest. Folgende Zusammenfassung möge dieses zeigen:

Warengattung	Einfuhr von frischem Gemüse in Doppelzentnern.			
	1913	1924	1926	1928
Rothkohl	157 375	282 982	355 766	280 519
Weißkohl	40 936	280 440	132 184	202 612
Wirtingkohl	47 169	90 584	166 415	146 925
Stamenskohl	590 682	411 338	810 095	941 242
Rosenkohl	24 131	23 013	35 569	36 200
Melken	—	—	2 786	7 956
Abbarber	7 830	12 812	9 842	15 032
Spargel	8 333	1 053	8 045	17 309
Tomaten	184 185	293 382	564 586	1 760 634
Pilze	—	—	33 806	4 000
Zwiebeln	479 980	671 964	637 272	918 867
Bohnen	183 749	56 128	243 434	207 542
Erbsen	34 073	2 290	12 667	13 221
Gurken, Kürbisse	183 562	—	663 101	779 196
Weerrettich	479	—	146	145
Karotten, Kohlrabi	203 123	87 826	94 237	110 684
Spinat, Salat, Sellerie	—	—	237 241	282 858
Peterfiske	259 683	—	3 203	4 705
	2 405 290	2 213 862	4 015 395	5 729 647

Wir haben also im Jahre 1913 rund 2,4 Millionen Doppelzentner frisches Gemüse von den oben angeführten Gattungen eingeführt. 1924 betrug die Einfuhr dieser Sorten nur rund 2,2 Millionen Doppelzentner; wir standen also etwas hinter 1913 zurück. Im Jahre 1926 betrug die Einfuhr schon über 4 Millionen Doppelzentner, überstieg die Einfuhr von 1913 mithin bedeutend. 1928 aber kamen wir auf 5,7 Millionen Doppelzentner. Die Einfuhr der aufgezählten frischen Gemüsearten ist also gegenüber 1913 um weit über 100 Prozent gestiegen. Die einzelnen Warengattungen weisen in den verschiedenen Jahren Schwankungen auf. Die Gesamteinfuhrmenge aber stieg ständig.

Neben dieser starken Einfuhrsteigerung ist auch der selbstmäßige Gemüseanbau in Deutschland bedeutend gestiegen. Die Anbaufläche für Gemüse war im Jahre 1927 rund

10 000 Hektar größer als im Jahre 1913. Auf das engere Deutschland berechnet ergibt sich also eine ganz erhebliche Steigerung. Die Ausfuhr an frischem Gemüse ist sehr gering. Sie betrug im Jahre 1928 116 638 Doppelzentner und dürfte in den vorhergehenden Jahren kaum höher gewesen sein. Ziehen wir die Ausfuhr von der Einfuhr ab, dann ergibt sich allein bei den aufgezählten Frischgemüsearten ein Einfuhrüberschuß für das Jahr 1928 von rund 5,6 Millionen Doppelzentner. Diese Zahl zeigt, daß wir bei der Gemüseversorgung noch sehr stark auf die Einfuhr angewiesen sind.

Wie ist es nun beim Obst und bei den Südfrüchten? Für Südfrüchte kommt ein Anbau in Deutschland nicht in Frage. Aber dieses südländische Obst wird bei uns viel gegessen und spielt deshalb bei unserer Betrachtung eine Rolle. Eine Gegenüberstellung der Einfuhrzahlen aus den letzten Jahren mit denen aus dem Jahre 1913 zeigt folgendes Bild:

Einfuhr von frischem Obst und Südfrüchten in Doppelzentnern.

Warengattung	1913	1924	1926	1928
Obst				
Apfel	4 400 474	2 460 283	1 811 998	2 128 724
Birnen, Quitten	384 137	406 982	604 582	554 969
Pflirsche	38 100	38 070	124 158	143 838
Zweifische	94 101	44 762	170 780	124 887
Aprikosen, Mirabellen, Feineclauden	80 414	48 408	81 655	120 994
Kirschen, Weichseln	82 873	35 689	59 102	80 586
Erdbeeren	—	15 133	26 132	59 072
Him-, Johannis- und Stachelbeeren	242 066	11 415	29 111	54 889
Brom-, Heidel-, Preisel- und andere Beeren	—	112 327	55 771	92 444
	5 322 105	3 173 049	2 963 299	3 360 403
Südfrüchte				
Bananen	450 508	253 188	686 380	878 964
Apfelsinen usw.	1 452 728	1 585 633	1 901 561	2 598 845
Zitronen	367 371	403 138	542 135	558 887
Zedrafrüchte	—	—	3 778	10 147
Datteln, Mandeln, Feigen, frisch od. getr.	4 934	—	98 724	112 274
Ananas, frisch oder ohne Zucker eingekocht	30 794	13 400	42 853	98 035
	2 306 335	2 235 359	3 275 431	4 255 152

Die Einfuhr von Obst zeigt nach obiger Tabelle ebenfalls erhebliche Schwankungen. Die Gesamteinfuhr ist gegenüber 1913 wesentlich zurückgegangen. 1913 betrug dieselbe 5,3 Millionen Doppelzentner, 1924 nur 3,1 Millionen Doppelzentner, sie war vorübergehend noch geringer, und sie betrug im letzten Jahr etwas über 3,3 Millionen Doppelzentner. Die Obsteinfuhr war also 1928 rund 2 Millionen Doppelzentner geringer als 1913. Dagegen ist aber die Einfuhr von Südfrüchten, die heute vielfach an Stelle von Obst gegessen werden, stark gestiegen, wie der zweite Teil obiger Tabelle zeigt. Eine besonders starke Steigerung zeigt die Einfuhr von Apfelsinen. Aber auch bei den übrigen Südfrüchten ist eine starke Einfuhrsteigerung festzustellen. Die Ausfuhr an frischem Obst ist gleichfalls gering, sie betrug im Jahre 1928 96 719 Doppelzentner. Die Ausfuhr an Südfrüchten kommt nur als Durchgangsverkehr in Frage und betrug 13 257 Doppelzentner. Zur diebstahligen Einfuhr von konserviertem Obst und Gemüse. Eine nähere Übersicht darüber zeigt folgende Tabelle:

Einfuhr von konserviertem Obst, Gemüse und Fruchtsäften in Doppelzentnern.

Warengattung	1913	1924	1926	1928
Champignons in Salzwasser	3 959	396	1 700	7 203
Milch, Tomaten	10 097	3 569	4 989	5 724
Trockengemüse, Speisebohnen, Erbsen, Kartoffeln, Sauerkraut usw.	37 465	303 291	46 357	244 159
Apfel, Birnen, getrocknet	147 483	78 130	60 911	95 029
Abfälle von Äpfeln, Birnen	12 713	2 701	19 994	5 878
Aprikosen, Pflirsche, getrocknet	32 046	52 717	28 035	47 453
Zweifische, getrocknet	410 759	385 005	255 384	432 126
Kirschen, Prunellen, getrocknet	11 400	6 432	6 727	14 206
Obst zerkleinert, in Zucker getrocknet, Nuss	16 073	21 959	27 846	61 906
Südfruchtsäften, Zedrafrüchte in Salzwasser	33 763	9 562	14 576	38 346
Zitronensaft	3 776	884	9 728	18 689
Anderer Fruchtsäfte, roh, Obst-kraut	12 594	14 506	6 981	23 530
Obst, Südfruchtsäften usw., überzuckernd, kandiert	—	7 455	4 518	2 958
Fruchtsäfte, Schachteln	814	2 511	742	571
Fruchtsäfte, äther- oder weingeisthaltig	22	12	3	—
Kapern, Oliven, Sardellenbutter, Feinkostwaren	8 539	9 482	7 091	11 441
Aprikosenmuss, Tomatenkonj.	—	—	41 895	122 543
	741 503	898 612	537 477	1 131 760

Die Zusammenstellung zeigt, daß die Einfuhr obiger Waren sehr geschwankt hat. Sie ist 1924 höher als 1913, 1926 ist sie niedriger und 1928 wieder bedeutend höher. Die Einfuhr betrug 1913 741 503 Doppelzentner und 1928 1 131 760 Doppelzentner. Die Ausfuhr an konservierten Früchten und Gemüsen betrug im Jahre 1928 103 300 Doppelzentner, sie ist etwas höher als 1913, wo wir 93 000 Doppelzentner ausführten. Die Steigerung bei der Einfuhr ist also nicht nur nominell, sondern auch prozentual höher als bei der Ausfuhr.

Fassen wir nun das Ergebnis aus allen Tabellen zusammen, dann ergibt sich für das Jahr 1928 eine Einfuhr von rund 14,5 Millionen Doppelzentner. Die Einfuhr obiger Warengattungen betrug im Jahre 1913 aber nur 10 775 253 Doppelzentner. Wir haben also 1928 eine Mehreinfuhr von rund 3,7 Millionen Doppelzentner. Die Ausfuhr aller aufgezählten Waren betrug im Jahre 1928 dagegen 329 914 Doppelzentner. Das ergibt einen Einfuhrüberschuß von über 14 Millionen Doppelzentner. Dazu kommt, daß die Inlandserzeugung, wie eingangs bereits erwähnt, gleichfalls bedeutend gestiegen ist. Die erhöhte Einfuhr erfolgte also nicht auf Kosten eines Minderanbaues in Deutschland, sondern trotz erhöhten Anbaues. Die deutsche Bevölkerung hat sich mehr auf den Verbrauch von Gemüse und Obst umgestellt. Der Durchschnittsverbrauch pro Kopf der Bevölkerung ist dadurch erheblich gestiegen. Dieser erhöhte Verbrauch konnte durch die erhöhte Eigenproduktion nicht gedeckt werden, daher die stark gestiegene Einfuhr gegenüber 1913.

Die vorstehend aufgezählten Waren können keinesfalls Anspruch auf Vollständigkeit bei der Gemüse- und Obstversorgung erheben. Es sind hier vielmehr nur die wichtigsten

Warengattungen aufgeführt. Neben ihnen werden eine Reihe andere Früchte, wie Kirschen usw., eingeführt. Sie alle aufzuzählen, würde zu weit führen. Die angeführten Mengen zeigen aber, daß wir bei unserer Obst- und Gemüseversorgung noch so stark von der Einfuhr abhängig sind, daß kaum daran gedacht werden kann, diesen gesamten Bedarf aus der Eigenproduktion in nächster Zeit zu decken. Will Deutschland seinen Obst- und Gemüsebedarf decken, dann müßte die Eigenproduktion außerordentlich stark gesteigert werden. Hierbei wird man dann aber mit den bisherigen Anbaumethoden nicht auskommen. Wir sind als Industrieland nun einmal nicht in der Lage, alle Nahrungsmittel selbst zu erzeugen, die wir brauchen. Alle Bodenschichten, die wir für den Gemüseanbau mehr verwenden, entziehen wir anderen Feldfrüchten und müßten diese in erhöhtem Umfange einführen. Es müßten hier also außerordentliche Wege gegangen werden, die auch andere Länder gegangen sind. Dieses hier ausführlich zu behandeln, würde den Rahmen einer kurzen Betrachtung überschreiten, wir wollen uns damit begnügen, sie kurz anzudeuten.

Unser Hauptlieferant bei der Gemüseeinfuhr ist Holland. Holland baut aber erhebliche Mengen von Gemüse in Glashäusern an. Der Anbau erfolgt auf Böden, wie wir sie auch in Deutschland zur Verfügung haben, ohne die bisherigen Kulturlächen anderen Feldfrüchten zu entziehen. Wir haben, wie aus einer Denkschrift des Preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten aus dem Jahre 1928 hervorgeht, an der holländischen Grenze eine Hochmoorfläche von zirka 60 000 Morgen. Würde diese Hochmoorfläche abgetragene, dann würde sich eine ähnliche Bodenart ergeben, wie sie in Holland zur Züchtung von Gemüse unter Glas verwendet wird. Ein Versuch auf dieser Hochmoorfläche ist gemacht worden. Weitere Versuche, Gemüse unter Glas zu züchten, sind in westlichen Industriestädten gemacht worden. Diese Versuche haben starke Kritiker gefunden. Man steht den Dingen in landwirtschaftlichen Kreisen recht skeptisch gegenüber.

In erster Linie beruft man sich darauf, daß diese Glashauskulturen sehr viel Geld kosten, und daß doch nicht das geleistet werden könne, was die Holländer auf Grund ihrer jahrelangen Erfahrungen leisten. Das wird für die erste Zeit unbedingt richtig sein, aber die Holländer haben ja früher auch einmal anfangen müssen. Sie mußten ebenfalls lernen, bevor sie soweit waren, wie sie heute sind. Erfahrungen können nicht ohne ein gewisses Lehrgeld gesammelt werden. Man sollte sich also durch diese ablehnende Kritik, hinter der zum Teil bestimmte Absichten stecken, nicht abhalten lassen, die Pläne auf diesem Gebiete weiter zu verfolgen, Erfahrungen zunächst im kleinen zu sammeln und diese später in größerem Umfange in die Praxis umzusetzen. Gelänge es, auch nur einen erheblichen Teil von dem eingeführten Frischgemüse in Deutschland in Glashäusern selbst zu erzeugen, dann könnte die Aktivseite unserer Außenhandelsbilanz dadurch außerordentlich gewinnen. Der Hauptvorteil aber wäre, daß wir diesen Boden neu gewinnen auf Gebieten, die heute brach liegen. Hier kann noch eine gute Arbeit für die Ernährung der deutschen Bevölkerung geleistet werden.

E. Senkfeil.

**Tödlicher Unfall.**

In der Zuckerrabrik Neudeich ist am 25. Juli unser 46 Jahre alter Kollege Kornelius Seban aus Neudeich aus 15 Meter Höhe abgestürzt. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte bei dem Bewußtlosen mehrere Schdel-, Arm- und Rippenbrüche fest und sorgte, nach Anlegung eines Verbandes, für die Überführung in das Krankenhaus Liegenhof. Hier ist der Bedauernswerte am nächsten Tage seinen schweren Verletzungen erlegen. Seban hinterläßt eine Witwe und 6 Kinder.

**Verschiedene Industrien**

**Haben die Fachauschüsse für Hausarbeit vor Festsetzung von Mindestentgelten die beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen zu hören?**

**II.**

In Nr. I dieser Abhandlung wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Firma Günther Hölle in gegen das Urteil des Arbeitsgerichts Sonneberg vom 5. September 1928 Berufung eingelegt hat. Der Vertreter der Firma, Herr Dr. Henkel (Rudolstadt), beantragte im Berufungsverfahren beim Thüringischen Landesarbeitsgericht Jena:

1. Das Urteil des Arbeitsgerichts Sonneberg vom 30. August 1928 wird aufgehoben.
2. Der Kläger und Berufungsverklagte wird mit seiner Klage abgewiesen.
3. Die Streitkosten der beiden Rechtszüge werden dem Kläger und Berufungsverklagten auferlegt.

In seiner Berufungsbegründung stellt der Vertreter der Beklagten und Berufungskläger die Behauptung auf, der Fachauschuß habe bei Entgeltfestsetzung die §§ 28 und 33 nicht erfüllt, der Festsetzungsbeschluß vom 22. Mai 1928 könne deshalb nicht rechtswirksam sein. Nach § 28 HGO. ist vom Fachauschuß zunächst auf eine tarifliche Vereinbarung über die Entgelte hinzuwirken, und nach § 33 sind die Beteiligten zu hören.

Auf die Behauptung, des Vertreters der Beklagten gegen den Fachauschuß gibt der Vorsitzende des Fachauschusses u. a. folgende Antwort:

Die vom Berufungskläger gerügten Mängel kann ich nicht anerkennen. Der Fachauschuß hielt die Feststellungen zu Ziffer 2 der Niederschrift vom 4. Juli 1925 auch für den Beschluß vom 22. Mai 1928 bei Festsetzung des Mindestentgelts noch für maßgebend. Tarifliche Vereinbarungen sind auch heute in absehbarer Zeit jedenfalls nicht zu erreichen. Der Arbeitgeberverband der Ampullenindustrie hat sich seinerzeit gerade mit dem Zweck abgefunden, am Tarifverhandlungen unmöglich zu machen. Deshalb mußte erst ein Fachauschuß gebildet werden, um zu geregelten Lohnverhältnissen in dieser Industrie zu kommen.

Von Arbeitnehmerseite war unterm 5. Mai 1928 eine 20prozentige Lohnerhöhung beantragt worden. Von Arbeitgeberseite wurde eine Lohnherhöhung zuerst nicht zugelassen. Unterem 12. September 1927 war bereits vom Fachauschuß eine Lohnherhöhung abgelehnt worden. Auf meinen Vorschlag wurde dann das Mindestentgelt auf 60 Pf. einstimmig vom Fachauschuß am 22. Mai 1928 beschlossen.

Esst unterm 14. Juni 1928 ist mir bekannt geworden, daß der Allgemeine Arbeitgeberverband in Rudolstadt Firmen der Ampullen- und chemisch-pharmazeutischen Bedarfartikel-Industrie

vertritt. In den ganzen bisherigen Lohnverhandlungen ist von keiner Seite auch nur ein Hinweis erfolgt, daß eine Arbeitgebervereinigung für diese Industrie irgendwelche besteht. Im Jahre 1925 habe ich die einzelnen Firmen der Ampullenindustrie durch besonderes Schreiben von einer beabsichtigten Lohnregelung durch den Fachauschuß verständigt. (S. Bl. 10 v. Bd. 1 der Lohnverhandlungen.) Aus keinem der Schreiben war zu entnehmen, daß irgendwelche Arbeitgebervereinigung in Frage kommt. In der Ampullenindustrie bestand vor 1924 ein Verband der Arbeitgeber, der sich aber aufgelöst hat. Daß der Verband deutscher Glasinstrumentenfabriken Arbeitgeber der Ampullen- und chemisch-pharmazeutischen Industrie in Jena vertreten ist, war mir erst mit dem unter dem 21. Oktober 1928 übersandten Schriftsatz bekannt geworden. Ich möchte bezweifeln, daß er solche Firmen vertritt. Bis jetzt ist dem Fachauschuß von keinem der beiden Verbände Mitteilung gemacht worden, ob und welche Arbeitgeber der Ampullen- und chemisch-pharmazeutischen Glasindustrie sie vertreten. Daß eine tarifliche Vereinbarung in dieser Industrie bisher nicht erreicht werden konnte, hat zur Festsetzung des Mindestentgeltes geführt.

Nach dem Kommentar von Rohmer zum Hausarbeitsgesetz war die Vorschrift des § 33 eine instruktive Bedeutung. Die Unterlassung der Anhörung weiterer Vertreter als Vertreter der Beteiligten im Fachauschuß macht die Genehmigung der Festsetzung nicht rechtmäßig.

Darüber, ob die Frist von acht Tagen als angemessen zu betrachten ist, läßt sich streiten. Der Fachauschuß hält diese Frist auch von Arbeitgeberseite aus für angemessen, um den Heimarbeitern eine Verbesserung ihrer Bezüge nicht weiter vorzuenthalten. Die hier ergangenen Akten über Lohnverhandlungen füge ich bei, ebenso die Niederschriften über die Sitzungen.

Der Vertreter unserer Organisation hat sich in seinem Schriftsatz dem Landesarbeitsgericht Thüringen gegenüber ähnlich wie der Vorsitzende des Fachauschusses der Thüringischen Glasindustrie geäußert. In der Verhandlung am 5. Juli 1929 vor dem Thüringischen Landesarbeitsgericht in Jena wurde folgendes endgültiges Urteil verkündet:

- „Auf die mündliche Verhandlung vom 5. Juni 1929 erkennt das Thüringische Landesarbeitsgericht zu Jena unter Mitwirkung
- a) des Landgerichtsdirektors Dr. Anschütz, als Vorsitzenden,
  - b) des Landesarbeitsrichters Syndikus Dr. Rock (Rudolstadt),
  - c) des Landesarbeitsrichters Gewerkschaftsangehörigen Henkschel (Bad Salzungen), als Beisitzer,
- für Recht:

Die Berufung der Verklagten gegen das Urteil des Thüringischen Arbeitsgerichts Sonneberg vom 30. August 1928 wird auf Kosten der Verklagten zurückgewiesen.

**T a b e l l e n b.**

Durch Schiedspruch vom 22. Mai 1928 hat der Fachauschuß für die Glasindustrie einen Schiedspruch betr. Mindestentgelt mit Wirkung vom 4. Juni 1928 gegeben und für allgemeinverbindlich erklärt. Dieser Beschluß ist, abgesehen von den Veröffentlichungen in den Tageszeitungen, durch Bekanntmachung vom 22. Mai 1928 im „Amts- und Nachrichtenblatt“ für Thüringen Nr. 42 vom 26. Mai 1928 veröffentlicht worden mit dem Hinweis, daß das Mindestentgelt allgemeinverbindlich ist.

Die Verklagte hat dem Kläger für vom 9. Juni bis 30. Juni 1928 geleistete Arbeit 10,65 Mk. weniger bezahlt, als nach dem Mindestentgelt vorgeschrieben ist.

Der Kläger hat diesen Differenzbetrag vor dem Arbeitsgericht Sonneberg eingeklagt.

Die Verklagte hat Abweisung der Klage beantragt aus dem im Schriftsatz vom 18. Juni 1928 angegebenen Gründen. Sie hat insbesondere bemängelt, daß der Fachauschuß die in Frage kommenden Firmen nicht rechtzeitig von den Anträgen des Arbeitnehmerverbandes benachrichtigt habe.

Das Arbeitsgericht hat die Verklagte antragsgemäß verurteilt, da es sich nicht für befugt halte, eine Nachprüfung vorzunehmen, ob der Fachauschuß Verfahrensvorschriften verletzt habe.

Mit der Berufung will die Verklagte das erste Urteil aufgehoben und die Klage abgewiesen haben. Sie führt aus, der Fachauschuß habe gegen die §§ 28 und 33 des Hausarbeitsgesetzes verstoßen. Es seien dies Verstöße gegen zwingende Verfahrensvorschriften.

Der Kläger will die Berufung zurückgewiesen haben. Im übrigen wird auf das erstinstanzliche Urteil und die Schriftsätze der Parteien Bezug genommen.

**Entscheidungsgründe.**

Nach konstanter Rechtsprechung (RGZ. 101, S. 53, 115; 103, S. 315; 116, S. 9; 110, S. 193) sind die Gerichte nicht zu prüfen berechtigt, ob Verwaltungsbehörden — zu diesen gehört auch ein auf Grund des Hausarbeitsgesetzes gebildeter Fachauschuß — die für sie geltenden Verfahrensvorschriften bei ihren Entscheidungen beachtet haben. Die Gerichte sind lediglich befugt, nachzuprüfen, ob die in Frage stehende Verwaltungsbehörde zum Erlaß einer das Gericht bindenden Entscheidung zuständig ist; weiterhin ist zu prüfen, ob solche Mängel vorliegen, die ergeben, daß ein behördliches Verfahren und eine behördliche Entscheidung überhaupt nicht vorliegen.

Der Fachauschuß für die Glasindustrie hat in gesetzlich vorgeschriebener Besetzung den von der Verklagten bemängelten Schiedspruch in gesetzlicher Weise gegeben und für allgemeinverbindlich erklärt. Am 26. Mai 1928 ist die Bekanntmachung über die neuen Stundenlöhne im Amts- und Nachrichtenblatt für Thüringen erfolgt. (Nr. 42 vom 26. Mai 1928), abgesehen von den Bekanntmachungen in den Tageszeitungen des Bezirks. Der Schiedspruch stellt sich somit nach außen als ein unter Wahrung der vorgeschriebenen Form zustandekommener Akt einer Verwaltungsbehörde dar. Als solcher ist er von den Gerichten zu beachten (s. auch 613, 1928 RW.-Urteil vom 22. Januar 1929 im Arbeitskamps der westdeutschen Eisenindustrie).

Es erübrigt sich somit ein Eingehen auf die von der Verklagten behaupteten Mängel. Die Berufung ist daher mit Kostenfolge aus § 97 der ZPO. zurückzuweisen.

Dr. Anschütz. Dr. Rock. Henkschel.

Im vorstehenden Urteil ist ein Streitfall von prinzipieller Bedeutung entschieden. Danach braucht ein Fachauschuß für die Hausindustrie, die §§ 28 und 33 HGO. nicht zu erfüllen, allerdings nur dann, wenn auf einer oder beiden Seiten der Beteiligten die wirtschaftliche Vereinigung fehlt. Wo wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Hauswirtschaft vorhanden sind, wird der Fachauschuß immer mit denselben in Verbindung stehen müssen. Das ist praktisch gar nicht anders möglich, denn der Anstoß zur Lohnregelung in der Hausindustrie geht in der Regel von einer wirtschaftlichen Vereinigung, zumeist einer solchen von Hausarbeitern, aus. Zuweilen kommt es auch vor, daß Tarife über die Entgelte in freier Vereinbarung zwischen dem Unternehmer und der Hausarbeiterorganisation ohne Zutun des Fachauschusses zustande kommen. Da hat der Fachauschuß auf Antrag nur die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages zu genehmigen. Er wird in einem solchen Falle vor Beschlußfassung die beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen auf alle Fälle hören.

S. Elstein.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Kunden und Katabomben.

Harri Herz ließ Kuba in den Tagen und Nächten nichts merken, daß er vom Fund und Verkauf der Grabplatte etwas wußte. Er war freundlich und erzählte sogar Geschichten von seinen Tippelfahrten und war so kameradschaftlich, daß dem Kuba beinahe das Wasser in die Augen stieg, und daß er beinahe die Sache mit der Platte verraten hätte. Manchmal kroch Angst vor Harri Herz in ihm empor, er wollte auf und davon, ein neues Leben beginnen, in eine andere Stadt flüchten, aber er kam nicht los, er blieb, und die Freundschaft mit Harri war wie eine unzerstörbare Kette.

Drei Tage waren vergangen. Die zwei jungen Männer saßen in einem Grabgewölbe tief in der Erde. Kuba hatte Brot, Wein und Käse aus Rom geholt, er erzählte Neuigkeiten aus der Stadt, und Harri sah mit gekreuzten Beinen auf der Erde und hörte zu. Sein glattes Gesicht verriet keinen Gedanken. Schön und ebenermäßig war das Gesicht, der Mund war voll und geschwungen wie ein Frauenmund, die Stirn war gewölbt wie die Stirn eines Künstlers, die Augen leuchteten. Manchmal nur wurden sie kalt und schimmernd wie kostbare Steine.

Das Gewölbe lag beinahe am Ende einer versteckten Katakomba und war nur durch ein System gezeichneter Gänge und Wege zu erreichen. Durch einen Erdschicht wehte frische Luft in die Grabkammer. Eine Karbidlampe warf phantastische Schatten an die kühlen Tuffsteinwände. Diese Katakomba war durch einen geheimen Gang mit einer anderen Katakomba verbunden. Diesen Weg kannte nur Harri Herz.

„Ja“, erzählte Kuba, „denke dir, Harri, der Sachse aus Milano ist auch in Rom. Er erzählt überall, er will dich in den Liber schmeißen. Und der Michel sagt, er wolle dabei helfen.“

Harri Herz lachte. „Das ist ja allerhand“, sagte er, „und nun erzähle mal, Kuba, wie war die Geschichte mit dem Professor in Rom?“

„Mit dem Professor in Rom?“ fragte Kuba und hefte, „ich weiß nicht, wovon du sprichst, Harri.“

„Von den fünfzig Lire sprichst du. Gib das Geld raus“, sagte Herz.

„Was für Geld? Du bist heute so sonderbar, Harri, was meinst du mit dem Professor und den fünfzig Lire?“

Harri Herz sagte kein Wort. Er nahm sein Messer und prüfte die Schneide. Sein Mund war kalt und gefühllos. Seine Stirn blieb heiser.

Kuba erschrak. Sein Gesicht zitterte. Er stand aufrecht, aber die Füße konnten ihn nicht mehr tragen. Plötzlich sackte er zusammen und lag vor Herz auf der Erde und streckte die Arme flehend aus.

„Hier ist das Geld, Harri“, wimmerte er und streckte die Scheine wie ewige Schuldbriefe empor. „Hier ist das Geld, Harri, ich wollte dich damit überraschen. Ich habe mir nichts dabei gedacht.“

„Ist schon gut, Kuba“, sagte Herz, nahm das Geld, zählte sachlich nach und steckte es in die Brusttasche, hieb das spitze Messer in den weichen Stein und gähnte. „Gehen wir schlafen“, sagte er dann.

Kuba senkte erleichtert auf.

Er erhob sich und kletterte in sein weich ausgepolstertes Grab. Behnhsam streckte er sich, konnte lange nicht einschlafen, erst als Herz in der gegenüberliegenden Höhle lag und das Licht der Lampe klein drehte, beruhigte er sich und schlief ein. Mitten in der Nacht wachte er auf. Ein Alpdruck sah auf seiner Brust, es war, als läge er in einer Kammer, als läge er in Ketten. Er schrie auf. Da hämmerte ein Faustschlag auf seinen Mund. Das Blut strömte, und Harri Herz stand vor ihm.

„Ganz richtig sein, mein Junge“, sagte er kalt, „wenn du brüllst, bekommen die mein Messer zwischen die Rippen. Ich habe dich gefesselt, du weißt wohl, warum. Ich will mir deinen Fall überlegen. Morgen Abend komme ich zurück.“

Kuba wimmerte. Er lag, wie ein Paket verpackt, in seinem Grab.

„Sei ruhig und brülle nicht, sonst bekomme ich einen Knebel zwischen deine verhaunten Zähne. Und wenn du weiter wimmert, komme ich überhaupt nicht mehr zurück. ... Wie kommst du Schwermüde die Platte verlaufen und mir kein Wort davon sagst? Wer hat dich gefesselt, du Hund, wenn du Hunger hast? Hast du vergessen, er dich in Deutschland vor dem Jochhans bewacht hat? ... Wer ist, mein Junge, und du Schwein hast mich bei der ersten Gelegenheit verraten.“

„Harri“, wimmerte der Gefesselte, „Harri, ich habe es ja berent, und wir haben drei Jahre schon zusammengehauten, und ich habe mich für dich gefügt, wenn es dir schmeckt ging. Harri, Harri, mach die Fesseln ab, ich erlicke ja, und wenn du willst, brauchst du mich überhaupt nicht mehr zu sehen. Ich gehe nach einem anderen Land, wenn du es willst, Harri, bitte, bitte, lieber Harri, laß mich doch nicht sterben liegen. Ich habe solche Angst.“

Harri antwortete kein Wort.

Er lächelte, räumte und blies den Rauch der Zigarette dem gefesselten Mann ins Gesicht. Er drückte dann die glühende Zigarette auf den gebundenen Händen des Gefangenen aus, auf dem nackten Fleisch, daß Kuba anbrüllte vor Schmerz, dann löschte Herz die Lampe und verließ die Grabgewölbe in der Katakomba. Kuba schrie und schrie. Harri Herz kam niemals zurück.

geblich, und als Kuba bis in den Morgen schrie, und winfelte, räumten die Landstreicher ihre unterirdische Wohnung, gingen nach Rom zurück und verbreiteten Panik unter den Obdachlosen. Alle wußten, wer da unten in der Katakomba geschrien hatte, alle wußten, daß Harri Herz der Mörder war, aber kein Mensch verriet das Geheimnis. Aber sie mieden von dieser Stunde an den Harri Herz wie die Pest. Kuba schrie bis hoch in den andern Tag hinein. Wann erstrickte sein Geschrei. Er starb am nächsten Abend.

Am selben Tag, als Kuba in der Katakomba starb, kam aus Neapel Hans Neumann nach Rom. Er hatte seine Bilder verkauft und ging nun am ersten Morgen in der Ewigen Stadt als Herr Globetroffer nach der Peterskirche. Er wollte, wenn er in Deutschland saß und ein gemachter Mann war, auch über diese Kirche ein lobendes oder nachlässiges Wort sagen können. Er stand nun bei dem Obelisk, sah die reiche Fassade der Kirche und hinter ihr die gewölbte Kuppel, gestand den Baumkisten allerlei Begabungen zu und wollte eben die Treppen emporsteigen, die zur Kirche führten, als er Hirschmüller entdeckte. Zuerst wollte er mit diesem Menschen

für ein Schweinehund er war. Er nahm diesen Schlag als Abschiedsreich von der Landstraße und fuhr am Abend nach Deutschland zurück. Er reiste nicht nach Dresden. Er landete in einer westdeutschen Kunstmetropole, machte bald Karriere; als der Krieg ausbrach, überstand er gut diesen Krieg und ist heute auf der Höhe und achtbarer Professor und Bürger.

Hirschmüller, das Kind, Bambino sagten ja die Kunden zu ihm, also das Kind setzte sich hin und schrieb einen Brief an Hellas Vater, legte ihren Brief an Neumann mit bei, erzählte von der Schürkerelei des Malers und der Schuffigkeit des englischen Gentleman. Er strahlte am Abend von den Ausstrahlungen seiner guten Tat und träumte von einem guten Vater, der ein Brieftelegramm und einen Scheck nach Ägypten schickte würde, um eine gefährliche Heimkehr vorzubereiten. Aber die Hella kam nicht wieder heim, der Vater schickte kein Telegramm, er schickte kein Geld, er schwieg, und nur ein verrückter Liebesbrief kam in die Spelunke nach Port Said, in der das Mädchen Hella auf Rettung wartete. Sie wartete noch vier Tage, dann half sie sich selbst. Sie verschluckte die schimmernde Perle und starb schnell und ohne Schmerzen.

Hirschmüller ließ noch verzückt durch das alle neue Rom, mit ihm fromerten Bergholz, Alfred Guth und Michael, der Seefahrer. Sie hatten etwas Geld und lebten in der Stadt mit der dreitausendjährigen Geschichte und bildeten sich manchmal ein, Bürger von Rom zu sein. Bürger von Rom sein, das heißt: Baummeister am Gefüge der Welt. Dann wollten sie wieder zu den Heeren des Spartakus stoßen, sie besuchten Arbeiterverfammlungen, lasen in den pathetischen Journalen, und Michael stellte die Schwärmer mit beiden Füßen auf die Erde.

„Aufpassen“, sagte er eines Abends, „der Harri Herz ist im der Stadt. Die Kunden erzählen, daß er Freund Kuba in der Katakomba kaltgemacht hat. Es wird Zeit, daß wir unsere Rechnung begleichen.“

„Den Kuba ermordet?“ fragte Guth.

„Das wird erzählt“, antwortete Michael.

„So ein Vieh!“ knurrte Bergholz.

Hirschmüller sagte kein Wort. Sein sanftes Kindergesicht wurde ganz hart und wild. Er ballte die Faust und ließ sie krachend auf den runden Tisch niederfallen, um den die Freunde saßen. Die Weingläser hüpfen und verschütteten den Wein wie totes Blut.

„Wanted!“ schrie Hirschmüller, „vornwärts, vorwärts!“

Sie ließen den Wein und gingen in den Abend und suchten Harri Herz. Sie suchten in den Weinkneipen, sie befragten die Kunden, keiner hatte Herz gesehen. Sie krochen unter die Liberrücken und fragten die Obdachlosen nach Harri, aber keiner hatte ihn in den letzten zwei Tagen gesehen. Ja, erzählten sie, der Herz war in Rom, aber er wurde gemieden und gedachtet. Kein Mensch sprach mit ihm, keiner antwortete ihm, auch wenn er sein Messer zog und mit dem Messer in der Hand auf Antwort wartete. Dann ging der Mörder allein durch die Gassen, verkroch sich in die dunkelsten Weinkneipen und trank. Der Wein wegelte seine Phantasie auf, in der Trunkenheit schallten viele Stimmen um ihn. In der Dunkelheit brüllte Kuba, der Ermordete schrie und brüllte, auch wenn der Mörder schlief.

Er wimmerte auch manchmal am hellen Tag, mitten in der Stadt, und einmal lippelte Harri Herz die Via Appia Nuova hinaus nach der Katakomba, warf sich auf die Erde und lautete, aber die Erde blieb stumm. Kuba wimmerte und schrie nur nachts in den Träumen oder in den qualenden Stunden der Einsamkeit und des Wachseins. Harri Herz verfiel von Stunde zu Stunde. Er sank so tief und wurde so hilflos, daß er sich von Carlo, dem Stubenten, den Rest seines Geldes stehlen ließ. Und eines Tages verschwand der Mörder aus Rom, als er merkte, daß er keinen Freund und keinen Solde Geld mehr hatte. Er nickte nur mit dem immer noch schönen Kopf und machte eine erbarmungswürdige Gebärde. Er wanderte nach dem Norden, nach Venedig. Und in Venedig ertränkte er sich, um in Schönheit zu sterben, im Canale Grande.

(Aus dem in Verlage des Bücherkreises, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6, erschienenen „Vier-Männer-Buch“, Erlebnisnovellen von Barthel, Jung, Scharrer und Wöhrle. Die Leseprobe ist der Novelle „Wandererschaft“ von Max Barthel entnommen. Das „Vier-Männer-Buch“, Ganzleinen, 320 Seiten stark, kostet nur 3 Mk.)

## Der Weise und die Ochsen.

Dem großen Lehrjah des Pythagoras  
Galt einst der Griechen Ochsen bitterer Haß;  
Denn freudig opferte der große Finder,  
So wird erzählt, den Göttern hundert Kinder.  
Drum wird das Rindvieh heut noch aufgeschreckt,  
Wird eine Wahrheit irgendwo entdeckt,  
Und jeder Weise, der sie laut verkündet,  
Sieht alle Ochsen gegen sich verbündet.

der Tiefe überhaupt nicht mehr zusammenstoßen, aber er ließ sich doch zu einem Gespräch herab.

„Tag, Hirschmüller“, sagte er, „wie geht's? Wie steht's? Was macht die Kunst?“

„Tag, Casanova“, antwortete Hirschmüller in demselben burlesken Ton. „Wie geht's? Wie steht's? Was macht die Hella?“

Neumann wurde verlegen.

„Das ist es ja eben“, sagte er, „das ist es ja eben. Die Hella hat mir geschrieben. Ihr geht's nicht besonders gut. ... Aber kommt, wir wollen in die Kirche gehen, ich will dir alles erzählen.“

Sie gingen in die Peterskirche, und zwischen dem Marmor und der Bronze, bei den Gemälden, Beichtstühlen und gedrehten und gedrehten Säulen, unter den goldenen Mosaikbildern, bei den Armlöchern und bei den heiligen Figuren, bei den befehenden Schülern und den kunstfertigen Fremden erzählte und flüsterte Casanova von Hella, von ihren ägyptischen Erlebnissen. Der Mister Call war kein Gentleman gewesen, er hatte Hella nicht mit nach Indien genommen, Hella sah jetzt in Port Said und war so elend, daß sie die schimmernde Perle mit dem Gift vergaß. Nach Neapel hatte sie an Casanova einen Jammerbrief geschrieben. Diesen zeigte der Maler.

„Lieber Hans“, schrieb Hella, „ich bin allein und verzweifelt. Der Mister Call hat mich sitzen lassen. Ich schicke dir Geld, meine letzten fünfzig Dollar, bitte komme nach Port Said und hole mich ab. Allein habe ich keine Kraft mehr für die Reise. Ich habe dich niemals geliebt, niemals so, wie eine Frau ihren Mann lieben möchte, aber du bist mir gut vertraut. Ich kenne dich, du kennst mich, und wenn wir wieder zusammen sind, werden schon Mittel und Wege gefunden, um diese Flucht in die Welt zu liquidieren. Ich gebe mich ganz in Deine Hände und schicke dir mein letztes Geld für die Reise. Wenn ich dich nicht verpöbeln kann, soll dich das Geld verpflichten. Heute ist Donnerstag, und nächsten Mittwoch geht ein Schiff von Neapel, ich werde auf dich warten. Und wenn du noch einmal Herrn Hirschmüller siehst, sage ihm die schönsten Grüße. Er soll mich nicht vergessen.“

Die unglückliche Hella.

Diesen Brief las Hirschmüller unter dem prunkenden Säulendach, das sich über dem Grabe des Apostels Petrus wölbt. Dann drängte er schnell aus der Kirche. Neumann folgte widerwillig.

„Ja und die Hella?“ fragte Hirschmüller. „Warum ist sie noch in Port Said? Sie hat dir doch Geld geschickt!“

„Die Hella ist in Port Said, jawohl, mein Junge, und sie soll dort sitzenbleiben. Ich habe genug gelitten um das Weib.“ Er straffte sich und sagte weiter: „Ich will dir mal was sagen, mein Junge, wenn du in Hella verliebt bist, ist das deine Sache. Mit zweihundert Mark kann keine Reise nach Deutschland finanziert werden. Davon kann höchstens ein Mensch nach Hause kommen. Jeder ist sich selbst der Nächste. Ich bin mir selbst der Nächste. Ich fahre nach Deutschland.“

„Und die Hella?“ fragte Hirschmüller voller Wut.

„Hella?“ sagte Neumann.

„Du bist ein Schwein!“ brüllte Hirschmüller und schlug den Maler im Angesicht der vielen Heiligen mit der Faust ins Gesicht. Neumann wehrte sich nicht. Und vielleicht hätte er in dieser Sekunde, als ihn der Faustschlag traf, überhaupt zum erstenmal, was

## Humoristische Ecke.

Es war nicht das Richtige.

Theodor hat eine schöne Stimme und will sich zum Opernsänger ausbilden. Nach einigen Wochen fragt ihn ein guter Freund: „Nun, Theodor, wie ist es mit dem Gold in deiner Kehle?“ „Ach“, sagt Theodor, „der Gesangslehrer meinte, meine Stimme sei zwar sehr schön, aber in manchen Tönen noch etwas rau.“ Ich möchte viel Fett essen, am besten reines Öl trinken, um die Stimme geschmeidig zu machen. In der Apotheke hatten sie aber zufällig kein Drogenzerbi mehr, sondern nur noch Rizinusöl. Und weil ich doch gerne meine Stimme geschmeidig und biegsam machen wollte, da habe ich erst mal das Rizinusöl genommen.“ „Ja, geht es denn nun besser“, fragt der gute Freund teilnehmend. „Ach, weißt du“, sagt Theodor, „unter uns gesagt, für die Stimme da scheint Rizinusöl doch nicht das Richtige zu sein.“

Höfliche Auskunft.

Ein Fremder, der das Opernhaus besuchen will, fragt am Bahnhofspass einen Einheimischen: „Sagen Sie mal, besser Herr, wenn ich hier die Bahnhofstraße hinuntergehe, steht dann da links das Opernhaus?“ „Das ist richtig“, sagt der höfliche Mann, „aber wenn Sie die Bahnhofstraße nicht hinuntergehen, dann — steht es da auch.“

Wie er es aussieht.

Mutter: „Aber Fräulein, wie kannst du die arme Katze nur so am Schwanz ziehen! Das ist doch Tierquälerei!“

Fräulein: „Mutter, ich quäle die Katze gar nicht, ich halte sie bloß fest, das Ziehen macht sie ja selber.“

Ein Trost.

„Der Dichter Pflaumenweich soll im Sterben liegen. Haben Sie es schon gehört?“

A.: „Nu, dem wird das Sterben nicht sehr schwer werden.“

B.: „So, warum denn nicht?“

C.: „Na ja, er hat doch nicht viel Geißt aufzugeben.“

Unter guten Freunden.

„Und anßerdem sagt man ja doch immer: Dem Gott ein Laus gib, dem gib er auch den Verstand.“

„Aber ich habe doch gar kein Amt.“

„Na siehst du!“

Vom groben Kurpfuscher.

Zum Schäferdoktor kommt eine vornehme Dame, geschminkt, gepudert, parfümiert. Sie muß lange warten, endlich kann sie ins Stübchen rauschen.

Der Schäfer blinzelt. „Seh del?“

„Ich bin die Baronin von Hochberg.“

„Jo, kennst du de Nase?“

„Ich bin die Baronin von Hochberg.“

„So ja, 's isst gnet, dertsch de doch seha.“

„Ich bin die Baronin von Hochberg.“

„Pöpsel, no seß de halt auf zwei Schüttel.“

